Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis ½9 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 80. Bielefeld, Montag, 5. April 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Herr von Einem auf dem Kriegspfade.

Ein früherer süddeutscher Offizier schreibt dem „Vorwärts" nachträglich zu den Reichstagsdebatten über den Militäretat:

Untertänig und bescheiden wie das offizielle Bayerntum vor dem offiziellen Borussentum zu sein pflegt, hat der bayerische Militärbevollmächtigte am 16. März cr. im Reichstage gesagt, er wolle die Ausführungen des Abg. Häusler nicht widerlegen. Das würden die Herren der preußischen Heeresverwaltung schon besorgen, und bei ihnen sei es auch in viel besseren Händen als bei ihm selbst. Am nächsten Tage ergriff Herr von Einem das Wort und bewies wieder einmal, welch ein Lumen das jetzige Haupt der preußischen Militärverwaltung ist. Die herrlichste Blüte dieser rednerischen Leistung war die Art und Weise, in der der Kriegsminister die Geheimhaltung der Qualifikationen der Offiziere zu rechtfertigen suchte. Zuerst meinte er, das bisherige geheime Verfahren bringe die Gefahr, daß ungerechte Beurteilungen vorkommen, nicht mit sich, denn die qualifizierenden seien „ehrliche, anständige und nach ihrem ganzen Charakter gefestigte Menschen". (Stenogr. Bericht Seite 7536.) Einige Minuten später aber traute er diesen ehrlichen, anständigen und nach ihrem ganzen Charakter gefestigten Menschen eine Handlungsweise zu, die man weder offen noch ehrlich nennen kann. Er meinte nämlich, daß, wenn den Qualifizierten ihre Qualifikationen mitgeteilt würden, sich eine Situation ergäbe, die er wörtlich wie folgt beschrieb:

„Die Folge derartiger Qualifikationsberichte würde einfach die sein, daß neben den öffentlichen Qualifikationsberichten noch andere verlesen. Das würde die Folge sein, meine Herren! Der betreffende höhere Vorgesetzte würde sich den Oberst herannehmen und einfach sagen: „Ja, Sie haben ihn ja sehr schön qualifiziert, aber wie ist er denn eigentlich?" (Stenogr. Bericht Seite 7537.)

So sehen also im Königreich Preußen nach der Anschauung des Herrn Kriegsministers von Einem, genannt Rothmaler, die Offiziere vom Regimentskommandeur aufwärts aus! Fühlt ein Regimentskommandeur die Pflicht, einen ihm untergebenen Offizier ungünstig zu qualifizieren, so hätte er, wenn die Qualifikationen öffentlich wären, nach Herrn von Einem wahrscheinlich nicht die Courage, dem betreffenden Untergebenen ehrlich ins Gesicht zu sagen: „Ich habe an Ihnen das und das beobachtet und bin daher gezwungen, Ihnen das und das in die Qualifikation zu schreiben", sondern er würde — wieder nach Herrn von Einem — dem Offizier eine vorzügliche Qualifikation ausstellen, sie ihm vorlesen und dann neben dieser brillanten Qualifikation eine geheime abgeben, in der der Offizier getadelt würde. Und Regimentskommandeure, denen er ein solches Verfahren zutraut, nannte der preußische Kriegsminister einige Minuten vorher „ehrliche (wohlgemerkt ehrliche!), anständige und nach ihrem ganzen Charakter gefestigte Menschen".

Aber es kommt noch netter! Nach der Anschauung des Herrn v. Einem würden die Vorgesetzten der Regimentskommandeure in dieses hinterhaftige Verfahren nicht mit einem Donnerwetter dreinfahren, sobald sie davon Kenntnis erhalten. Nein: sie würden ihn mit Gott für König und Vaterland dulden und ihn sogar mitmachen. Da sie — immer nach Herrn von Einem — genau wüßten, daß die Regimentskommandeure imstande sind, mit voller Ueberlegung falsche Qualifikationen auszustellen und zu unterschreiben, würden sie die Herren fragen, wie die Qualifizierten wirklich sind.

Einen solchen moralischen Saustall hält der dermalige kgl. preußische Kriegsminister unter den höheren und höchsten preußischen Offizieren nicht nur für möglich, sondern, wie aus seiner Rede hervorgeht, sogar für unausbleiblich! Und zwar ist ihm diese reizende Schilderung nicht in der Hitze des Gefechts herausgerutscht. Er hatte vielmehr 24 Stunden Zeit zur Vorbereitung auf seine Rede. Nach dieser Glanzleistung der jetzigen preußischen Kriegserzellenz muß man den preußischen Offizieren zu dem ausgezeichneten Advokaten, den sie in ihrem Minister besitzen, wirklich gratulieren.

Wenn übrigens jetzt so gewissenhaft qualifiziert wird, wie ist es dann möglich gewesen, daß der bekannte Rittmeister v. Krosigk an der Spitze einer Eskadron blieb? Und wie ist es dann zu erklären, daß Prinzen in einem Alter, in dem andere Offiziere erst Kompagniechef sind, schon Divisionen und Armeekorps kommandieren? Hier sind doch nur zwei Möglichkeiten denkbar: entweder ist das höhere militärische Handwerk nicht so schwierig; dann können aber die Massenpensionierungen in den mittleren und höheren Chargen nur durch ungerechte Qualifikationen inszeniert werden. Oder es ist schwierig; dann aber wäre es bei einem nur auf Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit basierenden Qualifikationssystem ausgeschlossen, daß Prinzen mit 35 Jahren an der Spitze von Armeekorps stehen.

Gänzlich unbekannt ist Herrn von Einem die Bevorzugung des Adels in der Armee. Man darf ihm mit statistischen Zahlen kommen, man darf ihm zahlenmäßig nachweisen, daß der Prozentsatz des Geburtsadels in den einzelnen Offizierscharaen um so größer wird, je höher die Charge ist. Macht nichts, die Kriegserzellenz weiß von nichts, ja sie fordert den, der die Zahlen zitiert hat, entrüstet auf, seine Behauptung, daß der Adel in der Armee protegiert werde, schleunigst zurückzunehmen. Ein zweifellos sehr einfaches Verfahren! Es ist halt einmal so, daß der Adel von Natur aus viel gescheiter ist als Menschen bürgerlicher Herkunft. Für die Richtigkeit dieses Satzes stellt Herr von Einem selbst ein weithin leuchtendes Beispiel.

Der Kriegsminister hat bei der obenerwähnten Gelegenheit dem preußischen Adel einen Lorbeerkranz gewunden. Erstens läßt der preußische Adel sich für die Leistungen seiner Vorfahren heute noch glänzend honorieren. Zweitens sind die berühmtesten und bekanntesten preußischen Militärs überhaupt nicht dem preußischen Adel entsprossen. Derfflinger, dessen Herkunft nicht vollkommen feststeht, war auf jeden Fall kein preußischer Junker, Blücher war ein Mecklenburger, Gneisenau ein Sachse, Scharnhorst ein Hannoveraner, Yorks Abstammung ist ebenso wie jene Derfflingers, nicht sicher. Darüber, daß er kein preußischer Junker war, kann freilich kein Zweifel sein. Moltke war ein Mecklenburger. Ja selbst Herr v. Einem, derzeit General und kgl. preußische Kriegserzellenz, hat nicht die Ehre, zu den preußischen Junkern zu gehören. Sein anerstammter — oder wie Heine sagt — angestammelter König ist bekanntlich der letzte König von Hannover gewesen. Unseres Wissens ist sein Vater für diesen König bei Langensalza sogar gefallen, nicht ahnend, daß sein Sohn 40 Jahre später das preußische Schwert, das ihm selbst das Leben gekostet hat, schleifen werde.

Von jener sattsam bekannten Ueberhebung, die preußische Offiziere manchmal zur Schau tragen, zeugten die Ausführungen, die Herr von Einem der Forderung des Abgeordneten Häusler, daß die aktive Dienstzeit der Kavallerie auf zwei Jahre reduziert werde, entgegensetzte. Die Erfahrung lehrt zur Genüge, daß die Zunftmilitärs stets ein heftiges Oppositionsgeschrei loslassen, wenn von der Abkürzung der aktiven Dienstzeit einer Waffe gesprochen wird. Ist die Verkürzung aber dennoch eingetreten, so lehrt die Praxis, daß sie gar nichts geschadet hat. Da jeder Blamierte das Recht besitzt, noch längere Zeit zu schimpfen und die Kassandra zu spielen, so verhalten die Zunftmilitärs sich noch einige Jahre nach der Einführung der kürzeren Präsenzzeit skeptisch, bis auf sie niemand mehr hört. Das ist der gewöhnliche Lauf der Dinge.

Hätte der Abgeordnete Häusler die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit der Kavallerie auf acht Wochen verlangt, so würde die Erwiderung des Kriegsministers berechtigt gewesen sein. Aber Herr Häusler tritt für eine zweijährige Präsenzzeit ein. Da Herr von Einem fragte, ob Herr Häusler selbstverständliche Dinge nicht wisse, so wollen wir ihn auch einiges fragen. Weiß er denn nicht, daß in den deutschen Manövern auch die Kavalleristen des ersten Jahrgangs, also junge Männer, die erst seit elf Monaten auf dem Pferde sitzen, die gewagtesten Attacken und Patrouillenritte reiten? Oder wird im Manöver vor einer Attacke vielleicht befohlen: „Erster Jahrgang austreten"? Und werden in den Krieg nur die Kavalleristen, die im dritten Jahre dienen, mitgenommen? Läßt etwa Herr von Einem die Leute des ersten und zweiten Jahrgangs zu Hause? Diese Fragen mag der Kriegsminister sich selbst beantworten. Schwierig ist es ja nicht. Und wenn er die Antwort gefunden hat, mag er mit seinen Verstandeskräften darüber nachdenken, ob der Gedanke, die Präsenzzeit der Kavallerie auf zwei Jahre zu reduzieren, wirklich so blödsinnig ist, wie er ihn hinzustellen versuchte.

Die Bilanz des bosnischen Abenteuers.

P. Wien, 2. April.

Alle guten Oesterreicher loben ihren Aehrenthal. Die offiziösen Zeitungen preisen ihn als den Sieger über Rußland und England und Serbien, und alle Schwarz-Gelben jubeln, daß Oesterreich endlich wieder eine Rolle unter den Großmächten spielt. Aber leider gibt es solcher guten Oesterreicher, solcher schwarzgelben Patrioten nicht sehr viel, und die Bevölkerung hatte in diesen Tagen nur ein Gefühl: Das Gefühl der Freude, daß der Krieg vermieden wurde. Selbst in Wien, wo die einzige patriotische Partei des Reiches, die Christlichsozialen, ihren Sitz haben, herrschte dieses Gefühl vor, und zu derselben Zeit, da die Christlichsozialen im Parlament mit dem Säbel rasselten und sonstaten, als ob das Volk keine andere Sorge habe, als den Uebermut der Serben zu züchtigen, konnte man beim Abmarsch der Wiener Truppen nach Bosnien nichts weniger als eine kriegerische Stimmung bemerken. Die Soldaten wurden zu den Bahnhöfen von Tausenden von Personen begleitet, die ihrer bangen Sorge Ausdruck gaben, ob sie ihre Angehörigen, denen sie jetzt das Geleit gaben, wiedersehen würden. Nicht ein einzigesmal kam es dabei zu patriotischen Kundgebungen, wie sie wohl unvermeidlich gewesen wären, wenn die Politik Aehrenthals in der Bevölkerung Widerhall gefunden hätte. Bestenfalls nahm man die letzte Phase des Konflikts, die Mobilisierung, als einen Akt der Notwehr hin, zu dem man durch die serbische Aufregung gezwungen wäre. Aber als die Spannung am größten war, als der Krieg unvermeidlich schien, da gab es gar wenig Begeisterung für Aehrenthal und sein Werk.

Nun kann man auch endlich genau übersehen, was Oesterreich und seine Völker von der Annektion Bosniens und der Herzegowina profitiert haben. Selbst vom Gesichtspunkte der Großmachtspolitik aus betrachtet hat das bosnische Abenteuer sonderlich viele Erfolge gebracht. Ernsthaft mußte das 50-Millionen-Reich die Chancen eines Krieges gegen den 3-Millionen-Staat erwägen, mußte sich der Großstaat vor seinem Zwergnachbarn durch einen Militärkordon schützen, mußte eine viertel Million Soldaten nach Bosnien schaffen, mußte sich alle Beschimpfungen ruhig gefallen lassen und mußte es schließlich als Triumph ansehen, daß Serbien die Annektion anerkannte. Aber immerhin mag vom Standpunkt der Prestigepolitik aus das Ende ein Erfolg Oesterreichs sein, immerhin mag die Tatsache, daß Serbien wieder einmal die Treulosigkeit der russischen Politik erkennen konnte, die den kleinen Staat in die Rüstungen und Schulden hineinsetzte, um es dann schmählich im Stich zu lassen, für die österreichische Balkanpolitik günstig sein — wenn auch die Geschichte lehrt, und wie die österreichischen Staatsmänner aus Dr. Wladen Georgewitschs Broschüre über die „Serbische Frage" ersehen konnten, daß alle Treulosigkeiten Rußlands Serbien aus der „russischen Hypnose" nicht zu befreien vermochten.

Aber für die Völker Oesterreichs stellt sich die Rechnung noch viel trauriger. Die Proklamierung der Annektion wurde von der Türkei mit dem Boykott der österreichischen Waren beantwortet, der gerade im Beginn des industriellen Niedergangs eine wahre Katastrophe für die österreichische Industrie bedeutete. Nachdem Aehrenthal anfangs mit großtuerischen Redensarten dieser Verlegenheit hatte entrinnen wollen, mußte er bekanntlich dann doch vor der Geschicklichkeit der Jungtürken die Segel streichen und mußte sich zu einer regelrechten Kriegsentschädigung von 55 Millionen Kronen (46 Millionen Mark) bequemen, nicht gerechnet die Belastung der österreichischen Industrie durch die Zustimmung zur Erhöhung der türkischen Zölle. Aber das war nur das Vorspiel. Was der Konflikt mit Serbien gekostet hat, läßt sich vorläufig auch nicht annähernd berechnen. Nun stand Oesterreich plötzlich mitten in wirklichen Kriegsrüstungen: in Rüstungen zu einem Krieg nach zwei Fronten. An der russischen Grenze mußten alle Besatzungen verstärkt werden, in Bosnien wurde ein kolossales Kriegsheer zusammengezogen, und zugleich in ganz Oesterreich alle Garnisonen verstärkt, um jeden Augenblick genug Reserven bereit zu haben. Die österreichische Heeresverwaltung benützte die Gefahr des drohenden Krieges, um, was es in Friedenszeiten von den Parlamenten nicht bewilligt erhielt, nun ohne Parlament sich selbst zu bewilligen. Kanonen und Gewehre und sonstiges Kriegsmaterial wurden angeschafft, und niemand fragte, wer das Geld hierfür bewilligt habe. Ein bürgerliches Blatt hat schon vor einem Monat berechnet, daß eine halbe Milliarde ausgegeben und um weitere 300 Millionen Kronen Bestellungen gemacht worden seien. Vorläufig hat man sich damit beholfen, daß man die in den Zeiten der Hochkonjunktur angesammelten Reserven in den Staatskassen ausplünderte: hat doch die Regierung gegen den ausdrücklichen Wortlaut der Gesetze in Oesterreich allein um 220 Millionen Kronen Schatzscheine ausgegeben, wofür sie allerdings unter dem Drucke der Kriegsgefahr von der Parlamentsmajorität eine stillschweigende Indemnität erhielt, da diese es ablehnte, sich in eine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit dieser Schatzscheine einzulassen. Aber schließlich und letztlich wird auch der militärische Absolutismus das Parlament nicht umgehen können, und er wird nicht nur die Bewilligung der bisherigen Ausgaben, sondern auch die schon jetzt geplante Vermehrung der Rekrutenzahl vom Parlament ansprechen müssen. Dann werden die Völker dieses Staates genau berechnen können, was die Schaffung einer „klaren, unzweideutigen Rechtsstellung" Bosniens und der Herzegowina, die Umwandlung der Okkupation in eine Annektion, was diese Abänderung sie gekostet hat.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Konkurrenzkampf unter den liberalen Parteien des Blockes. Die Nationalliberalen haben durch einige Reichstagsabgeordnete in Stettin und der Provinz Pommern Versammlungen abhalten lassen. Darüber ist die „Liberale Korrespondenz" (Freisinnige Vereinigung), Nr. 67 vom 1. April, sehr entrüstet; sie schreibt:

„Mit Recht wird das Vorgehen der Nationalliberalen in Stettin von freisinniger Seite als Brüskierung empfunden. Es kann nur der Sozialdemokratie und der Reaktion dienen."

Und ein pommersches Freisinnsorgan, die „Ostseezeitung", meint:

„Bisher konnten wir leider nur erkennen, daß das Auftauchen der nationalliberalen Sonderbestrebungen in den Pommerschen Wahlkreisen lediglich der Rechten Wasser auf ihre Mühlen leitete, und das kann unmöglich im Sinne der nationalliberalen Parteileitung liegen . . ."

Zur Arbeitslosenversicherung. Im bayerischen Ministerium des Innern fand am 30. März eine von der Regierung einberufene Konferenz von Vertretern bayerischer Städte, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände statt, die sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung befaßte. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, sie möge ein Musterstatut für eine kommunale Arbeitslosenversicherung ausarbeiten lassen. Ein Vertreter der Industriellen erklärte, er müsse entschieden warnen vor allen Maßnahmen, die geeignet seien, die Sozialdemokratie zu stärken. Zu solchen „gefährlichen" Maßnahmen sei auch die Einführung einer staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenversicherung zu rechnen.

Die Verteidigung der Ministerstürzer. Den Grubenherren ist es außerordentlich unangenehm, daß ihre geheime Tätigkeit, die sich gegen den preußischen Handelsminister Delbrück richtete, an die Oeffentlichkeit gezogen worden ist. Die „Berliner Neuesten Nachrichten", ein Blatt, das vom Großkapital ausgehalten wird, müssen sich der Aufgabe unterziehen, die Ränkespinnerei der Grubenbarone zu rechtfertigen. Das Blatt behauptet, es sei das gute Recht der Grubenbesitzer, in vertraulichen Besprechungen darüber zu beraten, ob Herr Delbrück der geeignete Mann ist, ein Ministerium zu leiten, dessen Entscheidungen von weitestgehendem Einfluß auf die Wohlfahrt des gesamten Reiches sind. Das Blatt sagt dann:

„Die Maulwurfsgänge, welche das Zentrum mit seinen Intriguen gegraben hat, um den Kanzler zu stürzen, die donnernde Entrüstung der Liberalen, das wüste Geschimpfe und die unbedenkliche, skrupellose Verleumdung der Sozialdemokraten, alle diese schlechten Sitten kann man den Bergherren nicht zum Vorwurf machen."

Es habe sich um weiter gar nichts gehandelt, als den Bergherren die Autorität in ihren Betrieben zu sichern. Eine Kontrolle von sozialdemokratischen Arbeitern konnten sie sich unter keinen Umständen gefallen lassen.

Wenn man in den Betrieben der Heeresverwaltung Kontrolleure aus den Reihen der Soldaten wählen wollte, so würde sich die Verwaltung das sicher nicht gefallen lassen. Weshalb also sollen gerade die Bergwerksbesitzer mit einer Kontrolle einverstanden sein? Herr Delbrück habe als Veranlassung der neuen Berggesetznovelle das Unglück auf Zeche Radbod angegeben, obwohl damals noch gar nicht feststand, worin die Ursache der Explosion zu suchen war. An den von der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Tatsachen wagt das Blatt der Grubenbarone nichts abzuschleifen.

Hungersnot in Deutsch-Ostafrika. Die „Deutsch-Ostafrikanische Rundschau" teilt folgendes mit: „Von der Hungersnot am meisten heimgesucht sind die östlichen Landschaften Gaseni, Useri und Dolole; auch in Matschani, Keni und Kerua sind die Nahrungsmittel knapp, aber eine wirkliche Hungersnot ist dort nicht eingetreten. Grund der Hungersnot ist die schon seit zwei Jahren anhaltende trockene Witterung. Am östlichen Kilimandscharo wurden bisher nur Bananen angebaut. Die Banane hält bei mangelnder oder schlechter Feuchtigkeit zwar eine Zeit lang aus, dann aber versagt sie gründlich und erholt sich nur langsam. Die Eingeborenen haben selbst einen großen Teil ihres Viehes verkauft, und zum Teil zu Spottpreisen. Die Verteilung von Lebensmitteln hat bereits Anfang Februar begonnen."

„Ersparnisse" beim Etat. Der Reichstag hat bei der Etatsberatung in diesem Jahre insgesamt 15 395 155 Mark gestrichen, und zwar rund 10 Millionen im Etat für das Reichsheer, 5 Millionen im Postetat, der Rest verteilt sich auf die übrigen Etats. Statt 2 865 409 018 wurden nur 2 850 013 863 Mark bewilligt.

Ueber die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten soll demnächst eine zweite Denkschrift der Reichsregierung erscheinen. Das Beitrittsalter soll — wie verlautet — auf 16 bis 60 Jahre festgesetzt werden. Von der Beschränkung der Versicherung auf Angestellte mit nicht mehr als 5000 Mk. wird abgesehen, es sollen vielmehr aus versicherungstechnischen Gründen sämtliche Angestellte der Versicherung unterworfen werden. Ebenso soll die Hinterbliebenenpension sämtlichen, nicht nur den

bedürftigen und erwerbsbeschränkten Witwen zustehen. Der Beitrag soll 8 Prozent des Einkommens betragen, darf jedoch bei den Gehältern bis zu 1800 Mk. zusammen mit der Invalidenversicherung nicht 10 Prozent übersteigen.

Die Richter organisieren sich. Auf dem gestern in Berlin in einem Saale des Abgeordnetenhauses abgehaltenen Richtertag erfolgte die Gründung eines preußischen Richtervereins.

Die Politik in der Fortbildungsschule.

Gelegentlich einer Debatte im Weimarischen Landtage über das Verbot der Beteiligung der Fortbildungsschüler an den Turnstunden der Arbeiter-Turnvereine erklärte der Staatsminister, daß es das Bestreben der Regierung sei, die Fortbildungsschüler von den parteipolitischen Einflüssen fernzuhalten. Hierauf richtete Genosse Baudert die Anfrage an die Regierung, ob es ihr bekannt sei, daß in der Fortbildungsschule in Weimar durch die Lehrer der Volkskalender des Reichsverbandes verteilt worden sei.

Ferner fragte er, ob die Großherzogliche Regierung es in Zukunft dulden wolle, daß die Schulstube zum Tummelplatze politischer Kämpfe werde.

Jetzt hat der Herr Staatsminister — nach reichlich vier Wochen — die Antwort auf diese Anfrage gefunden. Sie lautet: „Daß kurz vor Weihnachten d. J. der von dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herausgegebene Volkskalender an hiesige Fortbildungsschüler durch den Rektor verteilt worden ist, ist den Schulbehörden erst jetzt bekannt geworden.

Grundsätzlich steht die Schulverwaltung auf dem Standpunkte, daß zwar alle parteipolitischen Bestrebungen von der Schule fernzuhalten sind, daß es aber andererseits Pflicht der Schule ist, die Jugend zur Vaterlandsliebe und zur Achtung vor der bestehenden Staatsordnung zu erziehen, und allen entgegengesetzten Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Notwendigerweise müßte hiernach insbesondere auch gegen die Versuche, die sozialdemokratische Zeitschrift „Arbeiter-Jugend" unter Fortbildungsschüler zu verbreiten, eingeschritten werden."

Der weimarische Staatsminister hat es vorgezogen, sich um die Kernfrage, ob die Schulstube zum Tummelplatze des politischen Kampfes gemacht werden soll, zu drücken. Daß die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend" in größerem Umfange an die Fortbildungsschüler geschehen wird, je mehr innerhalb der Schule selbst die politische Verhetzung betrieben wird, daran kann auch der weimarische Staatsminister nichts ändern. Denn diese Verbreitung wird außerhalb der Schulstube vor sich gehen, wenn ihr auch die Regierung mit größter Entschiedenheit entgegentritt.

Eine Liebesgabe an die Berufsgenossenschaften.

Dem Reichstag wird demnächst ein Gesetzentwurf zugehen, der eine andere Regelung im Rechnungswesen der Berufsgenossenschaften bezweckt und der gleichzeitig mit den neuen Steuergesetzen erledigt werden soll. Das Unfallversicherungsgesetz legt dem Reich die Pflicht auf, die Unfallrente vorschußweise zu bezahlen. Am Jahresschluß wird dann den Berufsgenossenschaften mitgeteilt, welchen Betrag für verauslagte Unfallrente sie an das Reich zu zahlen haben. Diese Summe ist dann in der Regel auf dem Wege des Umlageverfahrens aufgebracht worden. Das Reich ist durch diese vorschußweise Bezahlung der Renten um so schwerer getroffen worden, als die verfügbaren Mittel nicht einmal zur Deckung der laufenden Ausgaben des Reiches hinreichend waren. Die vom Reiche auf Rechnung der Berufsgenossenschaften geleisteten Vorschüsse beziffern sich im Jahre 1908 auf 157 488 494 Mark. Diese Vorschüsse konnten nur im Wege der Begebung von Schatzanweisungen aufgebracht werden. Den Diskontaufwand, der 1908 auf 16 Millionen Mark stieg, hatte das Reich zu tragen.

Mit diesem System soll nun gebrochen werden. Künftig sollen die Berufsgenossenschaften dem Staate Vorschüsse in der Höhe des mutmaßlichen Rentenbedarfs zahlen. Die Berufsgenossenschaften verfügen nun aber nicht über hohe Vermögensbestände. Die Regierung meint, es sei eine unbillige Härte, wenn man die Berufsgenossenschaften zwingen wolle, etwa am 31. Dezember 1909 die vom Reich geleisteten Vorschüsse in Höhe von 165 Millionen Mark an das Reich zu zahlen und gleichzeitig dem Reich für 1910 Vorschüsse in Höhe des mutmaßlichen Bedarfs zur Verfügung zu stellen.

Um die Industrie zu schonen, ist nun das Reichsschatzamt auf folgenden Ausweg verfallen: Am 31. Dezember 1909 — dem Ende der Vorschußleistung durch das Reich — schulden die Berufsgenossenschaften dem Reich etwa 165 Millionen Mark. Dieser Betrag soll nun nicht in einer Summe zurückgefordert, sondern in eine Schuld verwandelt werden und mit 3½ Prozent verzinst und ferner mit 3¼ Prozent amortisiert werden, so daß die Schuld in 20 Jahren getilgt wäre. Die Höhe der Verzinsungs- und der Amortisationsbeträge — pro Jahr 5 800 000 Mark — will das Reich übernehmen, das bedeutet in 20 Jahren eine Liebesgabe an die Industrie in Höhe von rund 100 Millionen Mark.

Gegen dieses Geschenk an die Großindustrie — denn diese hätte den größten Vorteil davon — muß mit Entschiedenheit protestiert werden.

Die „Sammlungen" in Lüdenscheid.

Das Organ des Fürsten Bülow, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", druckt in Nr. 74 aus der „Kölnischen Zeitung" eine Notiz ab, wonach die Sozialdemokratie in Lüdenscheid eine neue Art von Terrorismus übe. Um die Mittel für die Errichtung einer eigenen Druckerei aufzubringen, sammelten die sozialdemokratischen „Gründer" ohne Ansehen der Partei bei den Geschäftsleuten der Stadt. „Viele Geschäftsleute" — so heißt es in der Verdächtigung — „sind dadurch so eingeschüchtert worden, daß sie gezahlt haben. Die Genossen rühmen sich, schon 8000 Mark aus den bürgerlichen Taschen gezogen zu haben."

Die sozialdemokratische Preßkommission in Lüdenscheid hat dem dortigen „Generalanzeiger", der zuerst die Unwahrheit veröffentlichte, die folgende Berichtigung zugesandt:

1. Es ist unwahr, daß irgend einem Geschäftsmann gesagt worden ist, die Namen der Spender sollten in der „Volksstimme" veröffentlicht werden.
2. Es ist unwahr, daß irgend einem Geschäftsmann auch nur indirekt mit einem Boykott gedroht wurde.
3. Wahr dagegen ist, daß die Anregung, auch die Geschäftsleute um eine Zuwendung zu ersuchen, von einem Geschäftsmann selbst ausging, und wir einem jeden Geschäftsmann ausdrücklich betonten, daß wir eine Zuwendung nur als freiwillige annehmen würden und eine Ablehnung in keiner Weise irgend welche Folgen haben würde.
4. Es ist unwahr, daß die Geschäftsleute 8000 Mark gezeichnet haben.
5. Wahr dagegen ist, daß der gesamte, von Geschäftsleuten gezeichnete Betrag etwa 150 Mk. beträgt, und die übrigen Gelder lediglich von der Arbeiterschaft allein aufgebracht wurden.

Mit vorstehenden Ausführungen fallen also die auf Grund von falschen Informationen gezogenen Schlußfolgerungen des „Generalanzeiger" auf „sozialdemokratischen Terrorismus" und dergleichen zusammen.

Ueberdies bringt die „Volksstimme" erneuten Verdächtigungen gegenüber in ihrer Nummer vom 29. März 1909 noch die folgende Erklärung:

„Wir erklären hiermit öffentlich, daß von der mit der Finanzierung unseres Unternehmens beauftragten Instanz niemandem eine Weisung zur Sammlung in der geschilderten Weise erteilt wurde, und daß es uns auch bis jetzt trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, den „terrorisierten" Geschäftsmann und die „Terroristen" ausfindig zu machen."

So muß das Blatt des deutschen Reichskanzlers auch diese neueste Terrorismuslüge zu den übrigen legen.

England.

ac. **Das Flottenfieber und die Sozialisten.** Der „Labour Leader" von dieser Woche geht scharf mit den Genossen Hyndman und Blatchford ins Gericht. Diese bleiben nämlich bei ihrer eigentümlichen Taktik, den Krieg mit Deutschland als unvermeidlich hinzustellen. Der „Clarion", das Organ Blatchfords, schrieb letzte Woche in großen Lettern über den „deutschen Krieg", der sicher und in allernächster Zeit kommen werde. Es ist selbstverständlich, daß weder Hyndman noch Blatchford den Krieg wünschen, daß sie ihn hassen, wie alle anderen Sozialdemokraten; ihre Auffassung geht dahin, das offizielle Deutschland strebe die Suprematie auf der See und die Vorherrschaft in der Weltwirtschaft an. Zweifellos hat Deutschlands Verhalten dieser Auffassung, die in weiten Kreisen verbreitet ist, reichlich Nahrung gegeben, das darf aber Sozialisten nicht veranlassen, den Ruf nach mehr „Dreadnoughts" und sonstigen Rüstungen zu unterstützen. Die genannten Genossen werden hier zu Schwarzeugen der Flottenschwärmer und kapitalistischen Interessenten.

Durchaus richtig ist dagegen die Haltung der Arbeiterpartei, die der mißleiteten Volksstimmung keine Rechnung trägt, die den Mut besitzt, sich dem allgemeinen Taumel entgegen zu stellen. Unsere Pflicht ist es — so schreibt „Labour Leader" — den Widerstand gegen die Panik, gegen die Fälschungen zu organisieren. Krieg mit Deutschland sei durchaus nicht „unvermeidlich", die Völker wollten keinen Krieg, weder die arbeitenden Klassen, noch die Kreise des Handels und der Industrie im allgemeinen hätten ein Verlangen danach. — Die Depeschen, die in diesen Tagen zwischen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Arbeiterpartei Englands gewechselt wurden, seien eine größere Garantie für den Frieden, als 50 Riesenschiffe.

Diese Meinung und die Taktik, welche die englische Arbeiterpartei in der Frage befolgt, dürfte in den Kreisen der deutschen Genossen durchaus geteilt werden und Anerkennung finden. Der Standpunkt und das Verhalten der beiden oben genannten Genossen dagegen, die sich sonst in deutschen Parteikreisen der größten Anerkennung und Achtung erfreuen, wird wohl allgemein als irrig und schädlich betrachtet werden.

Kommunales.

Fromme Christen gegen die Sonntagsruhe. In der Bischofsstadt Regensburg wollte die Stadtverwaltung die Verkaufsläden am Sonntag statt um 2 Uhr mittags schon um 12 Uhr geschlossen haben. Die Mehrheit der frommen Kaufleute lehnte dies aber ab, und einer leistete sich die Unverschämtheit, zu sagen: „Für den Geldbeutel der Angestellten ist es besser, wenn sie nicht zu viel freie Zeit haben".

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 5. April.

Gesperrt!

Uns wird geschrieben:

Wir sind es nachgerade gewöhnt, in den Straßen der Stadt das bekannte Schild mit der kategorischen Aufschrift „Gesperrt!" anzutreffen. Jetzt, nachdem wir die Besitzung von Meyer zu Olderdissen einverleibt haben, dürfen wir uns nicht wundern, wenn uns auch vor und auf den Waldwegen unserer schönen Besitzung das unheimliche Schild entgegenstarrt. Indessen: Was man auch gegen die unangenehme Schranke einwenden mag, — den einen Vorzug hat sie jedenfalls, sie ist ehrlich und sagt beizeiten dem Wanderer, daß er umkehren soll auf dem Wege, den er wandelt. Und wenn diesem oder jenen das „Gesperrt" ein wenig zu preußisch klingt, — ja, du lieber Gott, die poetische Mahnung:

Rückwärts, rückwärts, Don Fabrigo:
Rückwärts, rückwärts stolzer Cid!

paßt auch nicht für jeden, denn nicht jeder ist ein Cid. —

Also wir wünschen die Schilder, wenn die Passage der Straßen und Wege durch hohe Besuche Kanalanten, Kabellegungen oder andere Erdbewegungen gestört wird. Dann müßte jetzt vielleicht bei Ummelmann schon uns ein „Gesperrt" davor warnen, die Hühnenburg hinaufzupilgern, — des Erdbewegens auf den Wegen wegen. Notabene, nicht jetzt erst, sondern seit etwa einem halben Jahre! Solange ungefähr schon kneten ein paar Männer unter dem Meyerhofe Olderdissen Erdballen zusammen, von denen bisher noch kein Mensch wußte, was aus ihnen eigentlich werden sollte. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, soll die lange Hinauszögerung der Fertigstellung dieser Erdbewegungen mit der 19. Zentenarfeier der Schlacht im Teutoburgerwalde zusammenhängen. Die Partie zwischen der Dornberger Straße und dem Meyerhof soll bei den zu veranstaltenden Festspielen bis zum Jahre 1910 — die Schlacht im Teutoburger Walde war bekanntlich im Jahre 9 n. Chr. — der Sumpf sein, der den römischen Heerführer Quintilius Varus so jämmerlich betrog und von dem Tacitus — oder war es ein anderer? — in dem schönen Liede singt:

Er geriet in einen Sumpf — teterätetäte,
Verlor zwei Stiefel und einen Strumpf, tetäretäte,
Und blieb elend stecken!

Hermann und die Cherusker und der Sumpf in allen Ehren! Wir sind die letzten, die die Erinnerung an das große Jahr nicht voll zu würdigen wüßten. Aber muß denn bei uns gerade der Sumpf sein, und dann das ganze Jahr?! Das ist denn doch wirklich zuviel. Da könnten bei den — wohl nicht immer ganz freiwilligen — Proben der Rolle des Quintilius Varus zuviele Mimen stecken bleiben und zwei Stiefel und einen Strumpf verlieren. Und dann: Die Erinnerung an die Walhalla der alten Deutschen und an die Burg der Hünen ist doch auch etwas wert. Die aber wird verlassen, wenn der Sumpf bis zum Jahre 1910 Sumpf bleibt.

Also bitte, Herr Magistrat, nicht bis zum Jahre 1910! — — —

— **Was bedeutet die Gartenkolonie für unser Volk?** Zu diesem Thema schreibt uns ein Leser unseres Blattes: Sie haben durchaus recht, wenn Sie von der Errichtung von Gartenkolonien für Arbeiter einen günstigen Einfluß auf die Volksgesundheit erwarten, wie Sie das in Ihrem Artikel in der Sonnabend-Nummer Ihres Blattes im einzelnen darlegen. Man sollte daher meinen, daß alle, die ein Interesse an der Erhaltung eines gesunden Arbeiterstandes haben, mithelfen würden, derartige Kolonien zu errichten. Mindestens dürfte man annehmen, daß niemand diesen Einrichtungen Schwierigkeiten bereitet, oder die Volkskreisen, für die sie in erster Linie geschaffen werden sollen, von der Beteiligung zurückhält. Das trifft nun leider nicht immer zu, wie folgende Angaben beweisen mögen.

Auf Veranlassung des verdienstvollen Gewerberats, Regierungsrat Dr. Czimatis in Breslau wurden in Glatz (Schlesien) 34 Schrebergärten eingerichtet. Jeder Garten wies eine Größe von 120 Quadratmeter auf, der Pachtzins betrug jährlich 15 Mk. Der Gewerbeinspektor hatte bei der Errichtung die Absicht verfolgt, Arbeiter als Pächter heranzuziehen. Er mußte jedoch bald erfahren, daß Arbeiter der Einrichtung fernblieben. Die Pächter der Gärten sind Post- und Eisenbahnbeamte und Lehrer!

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die ungünstige Wirtschaftslage, die auch in den schlesischen Industriebezirken zu bemerken war, die Nichtbeteiligung der Arbeiter zu einem Teil erklärt. Fünfzehn Mark spielen im Haushalt des Arbeiters keine geringe Rolle, und in schlechten Zeiten sind sie zur Deckung der notwendigsten Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnung unentbehrlich. Aber der Gewerbeinspektor in Glatz hat noch einen anderen Grund erfahren, der das Fernbleiben der Arbeiter erklärt. Er berichtet, daß ihm ein Betriebsleiter erklärt habe,

Vorschläge zu einer Kalenderreform.

(Nachdruck verboten.)

In der von der Treptow-Sternwarte (bei Berlin) herausgegebenen Zeitschrift „Das Weltall" veröffentlicht der Straßburger Gymnasialdirektor Dr. J. Bach einen lesenswerten Aufsatz über die Kalenderreform, also ein Thema, das seit Jahrzehnten aktuell ist und leider wohl auch noch recht lange bleiben wird. Es ist ja bekannt, wie einschneidende und hindernde Wirkungen die Verschiebungen ausüben, welche die Feste mit wechselndem Datum auf das Erwerbsleben mit sich bringen. Namentlich das Osterfest ist eine Plage für unsern ganzen Wirtschaftsbetrieb geworden, so daß sich schon seit langem Stimmen erhoben, die dem immer unerträglicher werdenden Zustande ein Ende bereiten möchten. Eine Aenderung desselben müßte natürlich mit einer gründlichen Reform unseres Kalenderwesens verknüpft sein, und das ist eine internationale Aufgabe, die bei dem mangelhaften Verständnis der überall an der Spitze stehenden chauvinistischen Hetzer ungemein erschwert ist und fast unlösbar erscheint.

Die wesentlichsten Mängel unseres Kalenders beruhen auf zwei Tatsachen. Einmal auf der Unabhängigkeit derjenigen Zeitperioden von einander, die wir als Abschnitte im täglichen Leben benutzen, und auf der schwankenden Stellung des Osterfestes und der von ihm abhängigen Festtage. Unser Jahr ist durch die Zeitdauer des Umlaufes der Erde um die Sonne bestimmt. Dieser Umlauf vollzieht sich nicht in einer vollen Reihe von Tagen, der Betrag ist bekanntlich 365 Tage 5 Stunden 48 Minuten und 46 Sekunden. Wir haben nach der letzten Gregorianischen Kalenderreform daher eine Schalteinrichtung, die die Jahreslänge in Mittel nur um 26 Sekunden falsch ansetzt, so daß sich der Fehler erst in über 3000 Jahren bis auf den Betrag eines Tages aufgelaufen haben wird.

Das wäre also an sich ganz gut und ausreichend, wenn bloß nicht der Mangel bestände, daß unsere anderen Zeitabschnitte, Monat und Woche, nur besser in das Jahr hineinpaßten. Die 365 oder 366 Tage eines Jahres vertragen keine restlose Aufteilung in Wochen oder Monate, sondern das Jahr hat 52 Wochen und 1 Tag oder im Schaltjahr 52 Wochen und 2 Tage, so daß die Wochentage sich jedes Jahr im Datum um einen Tag, im Schaltjahr um zwei Tage verschieben.

Der zweite Umstand ist der. Das Osterfest und alle von ihm abhängigen Feste schwanken innerhalb eines Zeitraums von 35 Tagen, das Osterfest z. B. in der Zeit vom 22 März bis 25. April, Pfingsten vom 10. Mai bis 13. Juni. So fallen die Ostersonntage für die nächsten Jahre:

1909	auf den 11. April	1913	auf den 23. März
1910	„ „ 27. März	1914	„ „ 12. April
1911	„ „ 16. April	1915	„ „ 4. April
1912	„ „ 7. April	1916	„ „ 23. April

Den Ursprung verdankt das Oster- wie das Pfingstfest der Entlehnung aus der Festordnung der Synagoge; Dr. Bach führt das des weiteren aus.

Beide Uebelstände bringen es naturnotwendig mit sich, daß für jedes Jahr ein neuer Kalender anzufertigen ist, der von den früheren abweicht und alle die Störungen für Handel und Wandel im Gefolge hat, die so oft schon dargelegt wurden. Will man nun eine Uebereinstimmung der Wochentage mit den Monatsdaten herbeiführen, so entsteht die Schwierigkeit, daß man nichts mit dem eine volle Woche überschießenden Tage (oder in den Schaltjahren mit zweien) anzufangen weiß. Dr. Bach schlägt vor, jedes Jahr mit einem Sonntag zu beginnen und das Gemeinjahr mit einem Sonntage, das Schaltjahr mit einem Montage zu schließen. In der Tat ist es ja an sich gleichgiltig, ob wir am Jahresschluß eine angefangene Wochenreihe abbrechen und mit dem neuen Jahre eine neue beginnen oder ob wir die alte fortsetzen.

Die Verlegung des 1. Januar auf einen Sonntag und des Osterfestes auf den Anfang des April bringt den Mißstand mit sich, daß gerade an diesen Geschäftstagen das Fest sehr störend wirken würde, daß ferner an der Jahreswende unter 9, im Schaltjahr unter 10 Tagen 5 Feiertage sind, der 24., 25., 26., 31. Dezember und der 1. Januar. Das läßt sich am einfachsten dadurch beseitigen, daß man den 2. Weihnachtstag seines Charakters als arbeitslosen Feiertages entkleidete, wie es schon jetzt beispielsweise in Elsaß-Lothringen der Fall ist. Doch bietet sich, um das Anhäufen arbeitsloser Tage zu vermeiden, noch ein anderer Ausweg, indem wir den überschüssigen Sonntag anderswohin verlegen. Wir machen den 2. und 3. April zum Ostersonntag, den 4. April zum Ostermontag, so daß die Osterwoche durch einen achttägigen Zeitraum ausgezeichnet ist. Das Gemeinjahr endigt dann mit einem Sonnabend am 31. Dezember, das Schaltjahr mit einem Sonntag am 32. Dezember. Dann fallen alle Hauptfeste des Jahres auf einen Sonntag, das Osterfest überragt als solches durch seinen Doppelsonntag alle anderen Feste. Wenn aber einmal eine Reform des Kalenders vorgenommen werden soll, so kann man in der Vereinfachung auch noch einen Schritt weiter gehen, indem man die 52 Wochen = 354 Tage des Jahres gleichmäßig auf die vier Quartale verteilt, so daß auch das erste Quartal 91 Tage erhält, während es in unserem jetzigen Kalender nur 90 Tage hat, wohingegen dem 3. und 4. Quartal je 92 Tage zufallen. Von den drei Monaten eines jeden Quartals erhalten die beiden ersten je 30 und der dritte (nämlich März, Juni, September, Dezember) 31 Tage. Dann entsteht folgendes Jahresschema:

		Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Monate mit je 30 Tagen	Januar . . .	1	2	3	4	5	6	7
	April	8	9	10	11	12	13	14
	Juli	15	16	17	18	19	20	21
	Oktober . . .	22	23	24	25	26	27	28
		29	30	1	2	3	4	5
	Februar . . .	6	7	8	9	10	11	12
	Mai	13	14	15	16	17	18	19
	August	20	21	22	23	24	25	26
	November . .	27	28	29	30	1	2	3
Monate mit je 31 (32) Tagen	März	4	5	6	7	8	9	10
	Juni	11	12	13	14	15	16	17
	September . .	18	19	20	21	22	23	24
	Dezember . .	25	26	27	28	29	30	31
		32. März						
		32. Dezember (nur im Schaltjahr)						

Die vorstehende Tafel wie die zitierten Stellen entnehmen wir mit Erlaubnis des Herrn Dr. Archenhold, des Herausgebers des „Weltall", der erwähnten Arbeit.

„Die überzähligen Tage treten als 32. März und 32. Dezember und als Sonntage, die unmittelbar ohne Zwischenraum einem anderen Sonntage vorausgehen, in sinnfällige Erscheinung und prägen sich dadurch dem Gedächtnis leicht ein. Wie das Neujahrsfest (8 Tage nach Weihnachten) am Anfang des Jahres steht, so bildet die Grenzscheide des ersten und zweiten Quartals

er würde nicht dulden, daß ein Arbeiter sich beteilige, weil ungünstige Rückwirkungen auf die Leistungsfähigkeit zu besorgen seien.

Das ist der Typ der Unternehmer, den der Kapitalprofit blind gemacht hat. Jeder halbwegs ein ganze Mensch weiß, daß leichte Arbeit im Freien nur geeignet ist, Körper und Geist aufzufrischen und arbeitsfreudiger zu machen. **Der Herrenmensch der Unternehmer glaubt aber, nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch in den Feierstunden ein Verfügungsrecht über „seine" Arbeiter zu besitzen.** Dieser Standpunkt der Herrenmenschen liefert auch in diesem Falle den schlagendsten Beweis, daß die Arbeiter und die unteren Volksschichten im allgemeinen von dem „guten Willen" der Unternehmer keine Förderung der Volksgesundheit zu erwarten haben, sondern daß sie diese Aufgabe selbst in die Hand nehmen müssen.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Dienstag und Mittwoch finden noch zwei Extravorstellungen statt. Das Ibsen-Theater aus Berlin absolviert an diesen beiden Tagen ein zweimaliges Gastspiel. Zur Aufführung kommt am Dienstag „Gespenster" und am Mittwoch „Wenn wir Toten erwachen". Am Ostersonntag beginnt die Opernsaison mit einer Aufführung des Musikdramas „Tiefland" von Eugen d'Albert.

— **Standesamt der Stadt Bielefeld.** Im Monat März cr. sind 201 (163) Geburten und 95 (83) Sterbefälle einschließlich 5 (9) Totgeburten angezeigt. Eben wurden 53 (49) geschlossen und 90 (114) Aufgebotsanträge sind gestellt. Von den Lebendgeborenen waren 105 (90) männlichen und 96 (73) weiblichen und von den Verstorbenen 56 (44) männlichen und 39 (39) weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen standen 20 (17) Personen im ersten Lebensjahre, 7 (9) zwischen ein und fünf, 6 (3) zwischen fünf und zwanzig, 10 (15) zwischen zwanzig und vierzig, 17 (12) zwischen vierzig und 60 Jahren. Ein Alter hierüber hinaus wurde von 30 (18) Personen erreicht. (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf März des Vorjahres.)

— **Zur Beilegung der Differenzen im hiesigen Pflasterergewerbe** fand am Sonnabend mittag von 11 bis 1½ Uhr unter dem Vorsitz des Herrn Assessor Dr. Geyel vor dem Gewerbegericht eine Verhandlung zwischen Unternehmern und Arbeitern statt. Es wurde eine Einigung erzielt. Die Arbeit wird wieder aufgenommen, wenn sich der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes, dem sich die hiesigen Pflastermeister erst kürzlich angeschlossen haben, mit den Vereinbarungen einverstanden erklärt. Ausführlicher Bericht morgen.

— **Polizeibericht.** Festgenommen wurden am Sonnabend 1. der Knecht G. von hier wegen Vergehens gegen § 175 R.-Str.-G.-B. (widernatürliche Unzucht mit Tieren); 2. der Chauffeur J., gebürtig von hier, weil er verdächtig war, seinem Dienstherren in Bünde ein Automobil entwendet und mit diesem das Weite gesucht zu haben.

Versammlungen.

Bielefeld. „Freie Volksbühne." Montag, 5. April, abends 8½ Uhr, in „Stadt Bielefeld": Versammlung.
Brackwede. Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter. Dienstag, 6. April, abends 8½ Uhr, bei Schröder: Versammlung der Wäschearbeiterinnen.
Detmold. Gew.-Kartell. Dienstag, 6. April, abends 8½ Uhr, in der „Centralhalle": Sitzung

Tabakarbeiterversammlungen

finden statt:

Lemgo. Montag, 5. April, in Mohrmanns Saal.
Bünde. Dienstag, 6. April, abends 7 Uhr, bei Rübel.
Sonneborn. Mittwoch, 7. April.

Referentin: Fräulein Maria Ostinde-Berlin

Die Tabakarbeiterinnen werden besonders eingeladen.

s. **Herford,** 4. April. Sitzung des Kaufmannsgerichtes vom 2. April. Der Handlungsgehilfe G. klagt gegen die Firma J. Elsbach wegen kündigungsloser Entlassung. Der Kläger war von der beklagten Firma deswegen entlassen worden, weil er trotz einer dahingehenden Bekanntgabe des Direktors am Tage der Musterung, anstatt um 2 Uhr in das Geschäft zu kommen, erst nach 4 Uhr dort erschien. Der Kläger macht geltend, daß diese Zeitversäumnis von 2 Stunden kein einreichender Grund zur Entlassung gewesen sei. Die Firma J. Elsbach hingegen beruft sich auf eine dem Kläger am 3. März erteilte Verwarnung, nach welcher ihm bei einer wiederholten Versäumung der Arbeitszeit die Entlassung in Aussicht gestellt worden ist. (Hierbei käme es allerdings sehr darauf an, ob die fragliche Verwarnung auch zu Recht erteilt worden ist.) Im Vergleich zahlt die Firma J. Elsbach ein Monatsgehalt in der Höhe von 110 Mark.

* **Barntrup,** 4. April. Gestern abend fand hier eine Volksversammlung statt, welche sich mit der Finanzreform beschäftigte. Referent war Herr Ueckermann vom lippischen Freisinn. Ueckermann eröffnete die Versammlung selbst und schlug auch gleich einen Vorsitzenden vor. Da derselbe aber ablehnte, so lief er im Saale herum und ersuchte mehrere von den Anwesenden zur Uebernahme des Vorsitzes zu bewegen, bis er schließlich nach langem Suchen einen Leiter fand. Die Stimmung der Versammlung ob dieses Vorganges läßt sich denken. Ueckermann referierte dann. Er sei für Heer und Flotte. 500 Millionen neue Steuern hätten wir gar nicht nötig. Man sollte sparen. Er machte auch gleich praktische Vorschläge. Es wäre nicht nötig, daß Wagen zweiter Klasse liefen. An den Rationen der Generalspferde ließe sich sparen, ebenso brauchten die Generäle nicht Pferde und Automobile. Offiziere, die mal ein bürgerliches Mädchen umarmten, brauchten nicht gleich pensioniert zu werden. Er kritisierte dann die Steuervorlagen und verlangte einen Block von Bebel bis Bassermann, darin läge die Rettung Deutschlands.

Genosse Schlüter, der zufällig anwesend war, nahm das Wort in der Diskussion, erläuterte die Entwicklung der Reichsfinanzen seit der Reichsgründung und zeigte hieran, welchen Unsinn der Referent über die Finanzreform sowie über die Notwendigkeit der 500 Millionen neuer Steuern verzapft hatte. In seiner Entgegnung beschränkte sich Ueckermann auch nur auf Nebensächlichkeiten und ließ von der Finanzreform die Finger. Er erklärte aber, Neumann-Hofer und der Freisinn würden gegen jede Belastung des Tabaks stimmen! Also nicht nur wirken?

* **Lüdinghausen,** 3. April. Als Kandidat der Zentrumspartei für die Ersatzwahl zum Reichstage für den Wahlkreis Beckum-Lüdinghausen-Warendorf wurde nach dem „Münsterschen Anzeiger" der Herzog von Arenberg-Nordkirchen aufgestellt.

Soziales.

ag. **Selbstmordversuch als Unfallsfolge.** Ein Schieferdecker war infolge Bruches einer Leiter zirka 3—4 Meter hoch mit dem Hinterkopf auf das Pflaster gefallen, wobei er eine leichte Gehirnerschütterung und eine Quetschung des Rückens erlitt, deren Folgen seit langer Zeit beseitigt sind. Als ihm die Vollrente entzogen werden sollte, unternahm er einen Selbstmordversuch, indem er sich mit einem Revolver in den Kopf schoß. Als Folge davon fand eine schwere Lähmung der linksseitigen Gliedmaßen statt, so daß er nur zu ganz leichten, im Sitzen zu verrichtenden Arbeiten imstande ist und als völlig erwerbsunfähig gelten mußte. Trotzdem ist es aber nach dem Urteil des Reichsversicherungsamtes durch Prof. Windscheid (Medizin. Klinik) nicht angängig gewesen, dem Verletzten die Vollrente weiter zu gewähren, weil der Unfall und seine Folgen durch den Selbstmordversuch nicht verantwortlich zu machen ist. Der Selbstmordversuch des Verletzten ist vielmehr das Ergebnis einer augenblicklichen, sehr starken seelischen Erregung gewesen. Der Verletzte hat länger als 17 Jahre ungestört die Vollrente bezogen und dabei sein leidliches Auskommen gefunden. Er hatte durch dieses lange Rentnerleben das Arbeiten völlig verlernt und nahm als ganz selbstverständlich an, daß dieser ihm angenehme und behagliche Zustand bis zu seinem Ableben unverändert andauern werde. In dieser Erwartung sah er sich plötzlich getäuscht, als ihm auf den Antrag der Berufsgenossenschaft seine bisherige Unfallrente von monatlich 50 Mk. auf 15 Mk. herabgesetzt wurde. Er sah ein, daß dieser geringe Betrag allein zur Bestreitung seiner Lebensbedürfnisse nicht ausreichen würde, und daß er gezwungen sein würde, das Fehlende durch Arbeit hinzuzuerwerben. Dazu fühlte er nach den langen arbeitslosen Jahren nicht die Kraft in sich. Er glaubte, zur Ausübung seiner Erwerbstätigkeit nicht mehr imstande zu sein, und war erregt darüber, daß man ihn seinem sorgenlosen Dasein entrissen hatte und einer unsicheren Zukunft entgegenstellte. Die dadurch verursachte Unzufriedenheit wurde noch dadurch gesteigert, daß er dem Alkohol in erhöhtem Maße zusprach, wodurch seine ohnehin nicht sehr große geistige Widerstandskraft noch mehr untergraben wurde. In einer dadurch veranlaßten erregten Stimmung machte er den Selbstmordversuch, der als unmittelbare Folge des durch den Unfall herbeigeführten Zustandes des Verletzten nicht mehr angesehen werden konnte. Er erhielt daher als Unfallentschädigung nur 66⅔ Prozent der Vollrente.

Kleines Feuilleton.

Die Theorie des Glühstrumpfes. Die Wissenschaft geht der Technik zwar sehr oft voraus, aber es kommt doch häufig vor, daß eine Erfindung gemacht wird und große Verbreitung findet, ehe die wissenschaftlichen Grundlagen dafür in ganzem Umfange erkannt worden sind. So findet die Physik auch jetzt noch vieles an dem Glühstrumpf, der auf Millionen von Glaslampen zu finden ist, zu studieren. Professor Lewes hat neulich über die Theorie des Glühstrumpfes einen besonderen Vortrag gehalten, dessen Inhalt die Wochenschrift „English Mechanic" wiedergibt. Demnach war die Widerstandsfähigkeit des Elements Thor, das bei der Zusammensetzung der Glühstrümpfe eine besondere Rolle spielt, schon seit 1886 bekannt. Erst 1891/92 aber wurde die Entdeckung gemacht, daß dies Element an sich kein Licht abgibt, sondern sein scheinbares Leuchten nur den in den gewöhnlichen Präparaten enthaltenen Verunreinigungen zuzuschreiben ist. Danach wurde die Bedeutung des Elements Cerium erkannt. 1 Prozent dieses Stoffes vermehrt die Kerzenstärke für jeden Kubikfuß des verbrauchten Leuchtgases um 20 bis 25. Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß eine weitere Steigerung des Gehalts an Cerium wiederum nachteilig wirkt. Auf die Erklärung dieses Umstandes hat die Wissenschaft viel Mühe verwandt. Zunächst wurde angenommen, daß die eigentümliche Mischung von Thor und Cer die Fähigkeit habe, Wärmestrahlen in Lichtstrahlen zu verwandeln. Eine andere Vermutung richtete sich darauf, daß das Cerium in Atomen des Sauerstoff in einem Augenblick aufnimmt und im nächsten wieder abgibt und so Tausende von kleinen Punkten höchster Temperatur über der Glühstrumpf ausstreut. Noch andere meinten, daß das starke Glühen des Körpers darauf beruht, daß Licht von einem besonderen Teil des Spektrums ausgesendet werde. Die Wahrheit ist nun endlich darin erkannt worden, daß das Cerium eine ganz außerordentliche Kraft der Wärmestrahlung besitzt, das Thor eine sehr geringe, und daß der größte Lichteffekt erzielt wird, wenn das Cer gerade bis zu einer Temperatur zwischen 1500 und 1600 Grad erhitzt wird.

uc. **Zur Radioaktivität.** Fast jeder Tag beschert uns neue Arbeiten über die merkwürdige Eigenschaft mancher Mineralien, eigentümliche Strahlungen auszusenden, die zuerst von dem französischen Physiker Becquerel auf photographischem Wege entdeckt worden ist. Die Ergebnisse der fleißigen Forschungen vieler Chemiker und Physiker haben schon manche Wandlung in unseren Anschauungen über die Materie gebracht und es ist nicht ausgeschlossen, daß auf diese Weise mehr Licht in die Fragen der Zusammensetzung des Stoffes kommt. Die Ueberführung eines Grundstoffes, den man chemisch bislang nicht weiter zerlegen kann, in einen anderen, z. B. des Radiums in Helium, hat wieder Hoffnungen erweckt, daß es gelingen wird, die 70 bis 80 Elemente, die wir bisher kennen, auf eine einzige Form des Stoffes zurückzuführen. Die Radioaktivität der Mineralien scheint in ihrer wissenschaftlichen Verfolgung berufen, uns ein ordentliches Stück in der Naturerkenntnis weiter zu bringen. Es wird deshalb vielen erwünscht sein, sich durch eine zusammenfassende Darstellung des bisher auf diesem Gebiete Erreichten einen Einblick in diese Dinge zu verschaffen. Dem kommt eine kleine Schrift des Chemikers W. Frommel zu Hilfe, die in der bekannten wohlfeilen Sammlung Göschen erschienen ist. (Preis geb. 80 Pfg.) Frommel geht von den Strahlungserscheinungen überhaupt aus und gelangt über die Besprechung der Kathodenstrahlen und der Röntgenstrahlen schließlich zu den Becquerelstrahlen. Ein zweites Kapitel beschäftigt sich mit den radioaktiven Stoffen, die man bis jetzt kennt, und der Messung ihrer Strahlung. Ein drittes zeigt die merkwürdige Dreiform der Strahlung. Bekanntlich sendet das Radium drei durchaus voneinander verschiedenartige Strahlensorten aus, die ganz verschiedene Eigenschaften haben. Man hat sie als Alpha-, Beta- und Gammastrahlen bezeichnet. Die ersteren beiden Strahlenarten sind wahrscheinlich stofflicher Art, während die letzteren sogenannte Aetherstrahlen sind, wie die Lichtstrahlen auch. Die Gammastrahlen haben denn auch eine ähnliche Geschwindigkeit der Fortpflanzung wie das Licht (300 000 Kilometer in der Sekunde). Die Betastrahlen erreichen in ihrer wirksamsten Form diese Geschwindigkeit ebenfalls fast, während die Alphastrahlen nur etwa den zehnten Teil der Lichtgeschwindigkeit haben. Immerhin werden von den radioaktiven Stoffen auch diese Strahlen, die man sich als eine unaufhörliche Folge ganz feiner Stoffteilchen vorzustellen hat, mit ungeheuren Geschwindigkeiten bewegt.

Die Radiumforschung hat sich bisher als außerordentlich fruchtbar erwiesen, da sie neue Streiflichter auf die mannigfachsten Fragen der Naturwissenschaften wirft. Die Zusammensetzung des Stoffes, die Zusammensetzung der Weltkörper, ihr Energievorrat, das Alter der Erde usw. sind Dinge, die in der neuen Betrachtungsweise eigentümliche Beleuchtung erfahren. Diejenigen, welche sich über die Radiumforschung und ihre Ergebnisse unterrichten wollen, seien deshalb auf das genannte Büchelchen verwiesen, in dem sie kurz zusammengefaßt alles das finden, was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist. Ein kleines Register erleichtert den Gebrauch als Nachschlagewerkchen.

Ein Krokodilnest. Wenn man an die Riesenformen der Krokodile denkt, fällt es einigermaßen schwer, sich vorzustellen, daß diese Ungeheuer in einer Eischale in die Welt gesetzt werden. Dennoch ist es natürlich so, und zwar legen die Krokodile auch eigentliche Nester an, die sich nur auf den ersten Blick dadurch von einem Vogelnest unterscheiden, daß sich sehr viel mehr Eier darin vorfinden. An die Wochenschrift „Nature" hat ein Mitarbeiter jetzt aus Khartum in Oberägypten die Photographie eines Krokodilnestes nebst einer Beschreibung eingesandt. Die Aufnahme wurde nahe der abessinischen Grenze an einem Nebenfluß des Blauen Nil gemacht, dessen Bett vom Beginn des Winters bis in den Juni hinein mit Ausnahme einiger Lachen trocken bleibt und so den Krokodilen im Frühjahr einen geeigneten Boden für ihr Brutgeschäft bietet. Die Krokodilnester sind nicht ganz leicht zu finden, weil die Eier mit Sand bedeckt werden. In dem beschriebenen Fall verriet es sich nur durch eine Vertiefung im Sand, die etwa 4 Fuß über dem stehenden Wasser einer benachbarten Pfütze lag. Eine Anzahl von gewundenen Spuren, die zum Wasserrande hinabführten, ließ auf die Nähe von Krokodilen schließen. Die Höhlung war etwa einen Fuß tief, die Eier etwa 5—7 Zentimeter unter dem Sande vergraben. Wenn man hineingriff, konnte man nicht nur Eier, sondern auch junge Krokodile herausziehen, die zwar große Lust zu haben schienen, den Störenfried um einen seiner Finger zu erleichtern, aber noch nicht stark genug zur Ausführung dieser menschenfreundlichen Absicht waren. Erst am nächsten Tage kam der Beobachter mit einem photographischen Apparat zurück und fand bei dieser Gelegenheit in einem Abstand von 1 Meter noch eine zweite Vertiefung, die gleichfalls mit Eiern und jungen Krokodilen besetzt war. Wer nun glaubt, daß ein Krokodil-Ei zum mindesten besonders groß sein müsse, wie es doch bei den Straußen-Eiern der Fall ist, wird enttäuscht sein, zu hören, daß jene Eier, die von der gewöhnlichen Zylindergestalt der Vogeleier sind, eine Länge von nur etwa 7 bis 8 Zentimetern besitzen. Demgemäß ist auch das junge Krokodil, wenn es die Eihülle verläßt, noch sehr klein, nämlich höchstens 25 Zentimeter lang. Im übrigen ist es vollkommen ausgebildet und verübt ein Geräusch, das dem Quaken eines Frosches gleicht. Am Leib haben die winzigen Kr. odile einen blutroten Fleck, und zwar gerade dort, wo bei höheren Tieren der Nabel sitzt. Die Schalen der Eier sind sehr hart und von gleichmäßig heller Farbe ohne Flecken. Zuweilen verrät sich die Nähe eines Krokodilnestes auch geradezu durch das Quaken der Jungen, das vernehmlich ist, auch wenn sie unter dem Sand stecken. Die Zahl der Eier in einem Nest schien ungefähr 40 zu betragen, aber es bestand keine Gewähr dafür, daß alle von denselben Eltern stammten, obgleich die Wahrscheinlichkeit dafür sprach. Im ganzen legt eine Krokodilmutter sogar sicher nicht weniger als 100 Eier. Während das ausgewachsene Krokodil bekanntlich ein ziemlich träges Tier ist, sind die Jungen äußerst lebendig und unternehmen schon im jugendlichsten Alter verhältnismäßig große Forschungsreisen von ihrem Neste aus, laufen auch ziemlich rasch. Die Eltern liegen im allgemeinen faulpelzig am Wasser oder schwimmen darin ganz langsam herum.

Vermischtes.

Erdrosselt. Kassel, 4. April. Die 30jährige Regierungsratswitwe von Hauteville, geb. Freiin Lina Wolf v. Gudenberg, eine wohlhabende und lebenslustige Dame, wurde in ihrer Wohnung erdrosselt aufgefunden. Um den Hals war der Toten eine Schnur gelegt. Die Dame wohnte allein und hielt sich bloß eine Hausbälterin, die aber in der gestrigen Nacht, als der Mord verübt wurde, nicht anwesend war. Es verlautet, daß die Ermordete ein Liebesverhältnis mit einem Maane unterhielt, dessen Personalien noch nicht ermittelt sind.

Kassel, 5 April. Der Tod der Freifrau Hauteville hat insofern seine Aufklärung gefunden, als eine Mordtat ausgeschlossen ist. Es scheint, als ob die Frau in einem Anfall geistiger Depression selbst Hand an sich gelegt hat.

Der überfallene Geldbriefträger. Berlin, 4. April. In dem Befinden des Geldbriefträgers Eulenburg war bis gestern abend eine Besserung noch nicht zu verzeichnen. Der Patient liegt noch in sehr krankem Zustande in der chirurgischen Station des Krankenhauses am Urban. Es erscheint immer noch fraglich, ob er am Leben erhalten werden kann.

Acetylenexplosion. Freiwaldau, 4. April. Durch eine Acetylenexplosion wurde der Haushälter Barg getötet. Er war in einem Gasthause mit einem Schlossergesellen mit der Reparatur einer Acetylenleitung beschäftigt, als plötzlich infolge einer Unvorsichtigkeit der Kessel explodierte. Barg war sofort tot und auch der Schlossergeselle trug lebensgefährliche Verletzungen davon.

Selbstmord eines Offiziers. Bamberg, 4. April. Leutnant Steppes vom 5. Inf.-Reg. hat sich gestern in der Kaserne erschossen. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Von Zeppelin. Friedrichshafen, 4. April. Zeppelin II (Ersatz Echterdingen) wird seine ersten Fahrten anfangs nächsten Monats unternehmen.

Eine Bora. Triest, 4. April. Auf der Adria wütet neuerdings eine heftige Bora bei einer Temperatur unter Null. Es werden mehrere Schiffsunfälle gemeldet.

Kälte und Schneetreiben. Pilsen, 4. April. In ganz Westböhmen herrscht bei 6 Grad Kälte starkes Schneetreiben.

Budapest, 4. April. Aus ganz Südungarn, besonders aus Fünfkirchen, Temesvar und Fiume, werden starke Schneefälle gemeldet.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 5. April. Ein englisches Theater für Deutschland ist gestern als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Anfangskapital von 150 000 Mark im englischen Generalkonsulat begründet worden. Die Aufgabe des Theaters soll es sein, neben dem künstlerischen Wirken auch die Beziehungen zwischen England und Deutschland freundschaftlicher zu gestalten. Von den anwesenden Vertretern des Lokalkomitees wurden Frau Meta Illing, das frühere Mitglied des Berliner Lessing-Theaters, zur Geschäftsführerin und künstlerischen Direktorin gewählt. Frau Illing hat sich über Wiesbaden und Frankfurt am Main nach London begeben, um weitere erste Kräfte für ihr Unternehmen zu gewinnen. Das englische Theater wird zuerst im Oktober in Berlin, dann in Köln, Breslau, Bremen, Hamburg, Dresden, Leipzig, Düsseldorf und Bonn gastieren.

Berlin, 5. April. Eine Mordtat setzte gestern in später Abendstunde die Bewohner des Hauses Reinickendorferstr. 76 in große Aufregung. Dort erschlug der 31jährige Arbeiter Perlemer seinen Schlafburschen, den 24jährigen Arbeiter Wenzel, mit einem Hammer und stellte sich dann selbst der Polizei. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

Gleiwitz, 5. April. In der Friedensgrube wurden drei Hauer durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet. Einer von ihnen wurde getötet, die beiden anderen sind schwer verletzt.

Stolp, 5. April. Die Arbeiterfrau Bellin in Lanken wollte ihr Stiefkind züchtigen. Das Kind ergriff die Flucht und fiel dabei in ein Wasser och. Die Mutter sprang ihm nach, um es zu retten, doch ertranken beide.

Rom, 5. April. Brigant und Dichter ist Salomoni, der vor längeren Jahren dem Verführer seiner Braut, den Bürgermeister seines Heimatsortes, getötet hat und jetzt in Perugia zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Der Prozeß hat am 17. November vorigen Jahres begonnen.

Newyork, 5. April. Durch eine Feuersbrunst ist das Fort Worth im Texas zerstört worden. Unter den verbrannten Gebäuden befinden sich 100 Wohnhäuser, Kirchen und Schulen. Soweit bisher festgestellt ist, sind 6 Personen verbrannt. Der Schaden wird auf 20 Millionen Mark geschätzt.

Briefkasten der Redaktion.

Amshausen. Trichinenbeschauer sind keine Gemeindebeamte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

---

das Osterfest, mit seinem ersten Sonntag dem ersten, seinem zweiten Sonntag dem zweiten Quartale zugehörig."

Seine Vorschläge faßt Dr. Bach dahin zusammen:

1. An der bisherigen Zählung und Bezeichnung der Jahrestaten wird nichts geändert, nur daß der Schalttag dem Jahresschluß als 32. Dezember zugewiesen wird. Das Gemeinjahr schließt mit Sonntag, das Schaltjahr mit Montag. Der zweite Weihnachtstag kann in einen Arbeitstag verwandelt werden. Ostern wird am 2. oder 9. April gefeiert.

2. Der 2. und 3. (oder 9. und 10.) April wird erster und zweiter Ostersonntag, der 4. (oder 11.) April Ostermontag, genannt; das Gemeinjahr schließt mit Sonnabend, das Schaltjahr mit Sonntag.

3. Die Monate erhalten 30 und 31, das 2., 3. und 4. Quartal je 91 Tage. Der überschüssige Tag wird dem März als 32. (1. Ostersonntag, der 1. April 2. Ostersonntag), der Schalttag dem Dezember als 32. Tag (Sonntag) zugeteilt. Das erste Quartal hat somit 92 Tage, ebenso das letzte Quartal eines Schaltjahres.

4. Wie 2.; nur wird Ostern am 8. und 9. April gefeiert; der überschüssige Tag wird dann nicht dem März, sondern dem April überwiesen, so daß dieser 31, das zweite Quartal 92 Tage hat.

F. Linke.

Aus unserer reichen Auswahl in

preiswerter **DAMEN-KONFEKTION** empfehlen wir:

Engl. Paletots:

Engl. Paletots
aus prima Stoffen, moderne Fassons mit hübschen Besätzen 5.25, 7.50, **9.75**

Engl. Paletots
ganz neue Fassons und Stoffe mit moderner Knopfgarnitur 10.75, 12.50, **19.75**

Jackenkleider:

Jackenkleider
aus neuen Homespunestoffen, entzückende Fassons . 24.00, 27.50, **33.00**

Jackenkleider
aus prima Tuchstoffen in modernen Farben . . . . 27.00, 39.00 bis **57.00**

Schwarze Paletots:

Tuch-Paletots
neue aparte anliegende Sachen, hochelegant sitzend . . 19.50, 24.00, **35.00**

Tuch-Paletots
auf Seide, anliegend u. halbanliegend, feine Modellfassons 39.00, 48.00, **95.00**

Staub-Paletots:

Staub-Paletots
aus hübschen hellen Stoffen, neue Fassons 5.75, 7.50, **9.75**

Staub-Paletots
aus guten Covercoatstoffen, hübsche neue Farben . . . 11.50, 16.50, **19.50**

Kostüm-Röcke:

Sport-Röcke
aus hübschen uni Cheviot- u. Homespune-Stoffen 5.75, 6.75, **10.75**

Sport-Röcke
aus neuen englischen Stoffen, reizende helle Farben 6.75, 8.75, **12.75**

Blusen:

Blusen
aus uni und gestreiften Seidenstoffen 9.75, 14.50 bis **50.00**

Blusen
aus prima Wollstoff, hübsche Streifen und moderne uni Farben 5.75, 6.75, **25.00**

Kinderkleider:

Kinderkleider
Kieler Fasson, aus soliden Cheviot-Stoffen . . . . . 6.75, 9.75 bis **22.00**

Kinderkleider
aus hübschen neuen Fantasiestoffen, reizende Fassons . 4.50, 7.50 bis **30.00**

Kinderjacken:

Kinderjacken
aus guten Cheviotstoffen, Kieler Fassons 1.95, 2.75, **5.75**

Kinderjacken
Kieler Fasson, aus besten Cheviot- und Tuchstoffen . 7.50, 10.00 bis **20.00**

Engl. Paletots
aus Covercoatstoffen in soliden Mittelfarben, besonders haltbar 14.50, 19.50, **23.00**

Engl. Paletots
ganz auf Seide, aus grauen und modefarb. Kammgarnstoffen 25.00, 36.00, **45.00**

Jackenkleider
aus feinsten Tuchstoffen, aparte Modellfassons, auf Seide 60.00, 75.00 bis **100.00**

Jackenkleider
aus aparten hellen englischen Stoffen, grösstenteils auf Seide 30.00, 45.00 bis **85.00**

Hänger
aus Rips, neue moderne Fassons, bewährte Stoffe . . . 14.50, 23.00, **35.00**

Hänger
aus feinen Tuchstoffen, bewährte Qualitäten, aparte Formen 19.50, 30.00 bis **68.00**

Staubpaletots
aus den besten Stoffen, in d. apartesten Fassons 22.50, 27.00, **39.00**

Staubpaletots
moderne Fassons mit hübschen Knopfgarnituren . . . 9.75, 16.50 bis **35.00**

Satintuch-Röcke
aus tiefschwarzen Ia. Stoffen, tadellos sitzend 6.90, 9.75, **16.50**

Satintuch-Röcke
die besten Mode-Erzeugnisse aus feinsten Stoffen . 19.50, 27.00 bis **57.00**

Blusen
aus creme Wollbatist und creme Cachemire, aparte Fassons 2.90, 5.75 bis **16.50**

Blusen
aus feinen Tüll- u. Spachtelstoffen f. Gesellschaft, Ball u. Theater 9.75, 16.50 bis **48.00**

Russeukittel
aus Ia. Waschstoffen mit schönen Borden besetzt . . . 0.75, 0.95, **1.95**

Russenkittel
ganz aparte Saison-Neuheiten aus feinsten Stoffen . . . 2.25, 3.75, **5.25**

Kinderjacken
aus englischen Stoffen, hübsche, helle Farben 3.75, 5.75, **8.75**

Kinder-Jacken
aus feinen Covercoat u. Ia. englischen Stoffen 9.75, 14.50, **19.50**

S. ALSBERG & CO.

1994

Kinematographen-Theater zur alten Post. 1992

Lebenswahre Bilder von spannender Handlung und landschaftlicher Schönheit führt das Programm wieder vor.

Original-Aufnahme! **Rom, die ewige Stadt.** Sehr interessant!

Das Panorama der alten ehrwürdigen Tiberstadt zeigt die Reste der Bauten und Denkmäler vergangener Pracht, sowie auch das Straßenleben im heutigen Rom.

Die Sünde der Mutter.
Lebensbild.
Eine Bäuerin verläßt auf Zureden ihres Galans Mann und Kind. Der Verführer nützt das leichtsinnige Weib auf das gröbste aus und stößt sie zuletzt von sich. Nun irrt die Aermste umher, findet ihren Knaben bei der Großmutter wieder und das Kind führt die Versöhnung der Gatten herbei.

Der Dudelsackpfeifer.
Der Knecht liebt die Tochter eines Farmers, wird aber zurückgewiesen und tötet aus Rache den bevorzugten Nebenbuhler beim Hochzeitsmahle. Der Vater des Knechtes, ein Dudelsackpfeifer, verfolgt den Sohn und richtet seine Tat, indem er ihn erschießt.

Japanische Tänzerinnen.
Tanz Evolutionen der kleinen zierlichen Japanerinnen, die durch ihre Eigenart und anmutigen Bewegungen entzücken. Das Bild ist schön koloriert.

Der Kindesraub.
Vornehme Banditen entführen das Kind reicher Leute und fordern ein hohes Lösegeld. Ein Detektiv aber rettet durch einen gewagten Trick das kleine geängstete Wesen.

Der Dritte im Bunde.
Eine humoristische Glanznummer!
Zwei elegante Bummler verfolgen eine Schöne mit Liebesanträgen, die sich nicht anders zu retten weiß, als indem sie von den Anbetern ein selbstgepflücktes Edelweiß fordert. Als beide unter unsäglichen Mühen die gewünschte Blume erreichen und dann präsentieren, stellt ihnen die Dame — ihren Mann vor!

Die Disziplin.
Hochkomisches Militär-Genrebild.
Auf dem Kasernenhofe wird „Marsch" kommandiert und die Mannschaften befolgen diesen Befehl bis ins Endlose.

Ferner: **Ein Tonbild**
mit brillantem Text.



Uhren :: Ketten :: Goldwaren!
Billigste und reelle Bezugsquelle
nur **12 Niederwall 12** nur
Adolf Heuer, Uhrmachermeister. 1963

Die Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld, Schulstr. 20
empfiehlt
Ansichts-Postkarten
Bielefelder Ansichten. :: Genre-Karten etc.
Grosse Auswahl. Schöne Dessins. Künstlerische Ausführung.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 80. Bielefeld, Montag, 5. April 1909. 20. Jahrg.

Reichsversicherungsordnung.

Dem Bundesrat ist, wie kurz berichtet, der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung zugegangen. Er enthält 1793 Paragraphen, die in 6 Bücher geteilt sind. Bei dem großen Umfang des Gesetzentwurfs ist es uns in der kurzen und zu Gebote stehenden Zeit nur möglich, auf einzelne Bestimmungen einzugehen.

Der Entwurf nimmt von dem Plane einer Verschmelzung der gesamten Arbeiterversicherungsgesetzgebung Abstand. Er sucht nur eine Annäherung der verschiedenen Versicherungszweige durch Gleichartigkeit des Instanzenzuges herbeizuführen. Als unterste Instanz soll das Versicherungsamt gelten. Dieser lokale Unterbau soll für die Krankenversicherung die Aufsichtsinstanz, für die Unfall-, die Invaliden- und die Hinterbliebenenversicherung den gemeinsamen Unterbau abgeben. Als obere Instanz (auch an Stelle der bisherigen Schiedsgerichte) soll ein Oberversicherungsamt, als höchste Instanz das Reichsversicherungsamt (beziehentlich das Landesversicherungsamt) fungieren. Dem Versicherungsamt und dem Oberversicherungsamt soll ein beamteter Vorsitzender vorstehen; diese beiden Instanzen sollen entweder vorhandenen Behörden angegliedert oder als besondere Behörden errichtet werden. Beiden Instanzen sollen paritätisch Arbeitgeber und Versicherte angehören.

Die Wählbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsträger der Krankenversicherung zugelassen ist, ist endlich infolge des starken Vordringens der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung auf alle Versicherungsträger erweitert worden.

Die Einzelheiten über die Organisation enthält das 196 Paragraphen umfassende erste Buch, das zweite regelt die Krankenversicherung. Der Unfallversicherung ist das dritte Buch gewidmet. Das vierte Buch befaßt sich mit der Invalidenversicherung und der neu einzuführenden Hinterbliebenenversicherung. Das fünfte Buch regelt die Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu anderen Verpflichteten, das sechste Buch das Verfahren.

Die Krankenversicherung (§§ 197 bis 631) bringt zunächst eine Ausdehnung des Kreises der versicherten Personen. Die reichsgesetzliche Krankenversicherung wird auf die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, sowie auf die Dienstboten, ferner auf Personen, die als Bühnen- oder Orchestermitglieder beschäftigt werden (jedoch nur, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 Mk. nicht übersteigt) und auf Hausgewerbetreibende ausgedehnt.

Die Wöchnerinnenunterstützung wird auf die Dauer von im ganzen acht Wochen, von denen mindestens sechs Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen, gewährt.

Der Zersplitterung der Krankenorganisationen wird leider nicht durch den Aufbau einer Einheits-Krankenkasse entgegengetreten. Es werden nur schwache Ansätze zu einer Beseitigung der verschiedenen Arten der Krankenversicherung gemacht. Die Gemeindekrankenversicherung soll nun endlich völlig und ausnahmslos beseitigt werden, so daß die Krankenversicherung sich für die Folge durchweg in organisierten Kassen vollziehen würde. Die Baukrankenkassen werden den Betriebskrankenkassen eingereiht. Die Betriebskrankenkassen sollen in der Regel nicht mehr bei einer Zahl von 50, sondern bei einer solchen von 500, in Ausnahmefällen von 250 Arbeitern zugelassen werden. Die Innungskrankenkassen und die Knappschaftskassen sollen trotz der lebhaften Gründe, die gegen das Weiterbestehen dieser Organisation sprechen, unverändert bestehen bleiben: die Knappschaftskassen als landesrechtliche Kassen. Neu geschaffen werden Landkrankenkassen. Deren Mitglieder sollen werden: Die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, die Dienstboten, die im Wandergewerbe beschäftigten Personen und die Hausgewerbetreibenden sowie die in ihren Betrieben beschäftigten Personen. Die Zentralisierung von Ortskrankenkassen wird etwas erleichtert.

Aufs schärfste wird in die innere Verwaltung der Ortskrankenkassen eingegriffen. Während die Betriebskrankenkassen, die Innungskrankenkassen und die Knappschaftskassen mit allen ihren Mängeln bestehen bleiben sollen, wird eine ganz erhebliche Beschränkung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen geplant. Es soll künftighin der Beitrag der Arbeitgeber und der Versicherten der gleiche sein, aber auch im Vorstand Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl zusammenwirken. Der Vorsitzende der Ortskrankenkassen soll durch übereinstimmende Wahl beider Teile gewählt werden. Wenn und auf solange als sich die Gruppen der Arbeitgeber und der Arbeiter über die Person des Vorsitzenden nicht einigen, soll der Vorsitzende durch den Kommunalverband bestellt werden können. Die Verhältniswahl soll für alle Angelegenheiten der Krankenkassen obligatorisch eingeführt werden.

Für die Beziehungen der Ortskrankenkassen zu ihren Beamten und Angestellten sowie deren Rechtsverhältnisse ist der Erlaß von Dienstordnungen vorgeschrieben, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen. Die Genehmigung soll nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes versagt werden. Für die Angestellten der Betriebs- und Innungskrankenkassen ist eine gleiche Vorschrift nicht vorgesehen.

Für die Beziehungen zwischen Aerzten, Apothekern und Kassen sind zwei besonders paritätisch zusammengesetzte Schiedsinstanzen vorgesehen. Ein bestimmtes Arztsystem schlägt der Entwurf nicht vor. Er sieht auch von der Einführung einer Pflicht der Aerzte zur Gewährung ärztlicher Hilfe ab. Für den Fall, daß die Aerzte entgegen dem Spruch der Schiedskammer die Behandlung der Kassenmitglieder nicht aufnehmen sollten, wird der Kasse, der ja die Pflicht zur Beschaffung ärztlicher Hilfe im Gesetz auferlegt ist, nur der Ausweg gegeben, daß sie ihren Mitgliedern statt der Gewährung ärztlicher Hilfe einen angemessenen Barbetrag zur Selbstbeschaffung der erforderlichen Behandlung zahlen kann.

Aus dem die Unfallversicherung umfassenden dritten Buch (632—1283) sei folgendes hervorgehoben: Die Versicherungspflicht von Handelsbetrieben ist durch folgende Ziffer 10 des § 632 neu geregelt: Betriebe, die der Behandlung und Handhabung der Waren oder der Beförderung von Personen oder Güter dienen, unterliegen der Versicherungspflicht, falls sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgeht, sowie unter gleicher Voraussetzung Holzfällungsbetriebe. Hierdurch sind nicht nur die eigentlichen Lagerungsarbeiten wie bisher, sondern auch ähnliche Arbeiten in kaufmännischen Unternehmen der Versicherung unterstellt und auch eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gegeben. Eine beachtenswerte Ausdehnung der Versicherungspflicht enthält der Entwurf auch nach der Richtung, daß das Halten von Reittieren und von solchen Fahrzeugen, die durch elementare oder durch tierische Kraft bewegt werden, der Unfallversicherung unterstellt ist. Dadurch fällt das Fahr- und Stallpersonal künftig unter die Bestimmungen des Unfallgesetzes. Eine auffallende Verschlechterung enthält die neue Vorschrift, daß Renten bis 20 Prozent zeitlich beschränkt werden können. Den Berufsgenossenschaften ist in ihrem unberechtigten Kampf gegen den heutigen § 34 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes durch Bestimmungen in § 815 und folgenden über die Bildung eines Reservefonds weit entgegengekommen und ein erheblicher finanzieller Vorteil gewährt.

Die schmalen Renten sind weder bei der Unfall- noch bei der Invalidenrente erhöht. Aus dem Abschnitt über Invalidenversicherung sei erwähnt, daß der Entwurf eine freiwillige Zusatzversicherung zuläßt. Von der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 Jahren für den Bezug der Altersrente ist Abstand genommen.

Die Hinterbliebenenversicherung soll bekanntlich nach dem Zolltarifgesetz zum 1. Januar 1910 in Kraft treten. Wie von sozialdemokratischer Seite, entgegen den Behauptungen aus Zentrumskreisen, seinerzeit vorausgesagt wurde, reichen die Einbehaltungen aus den Getreide- und Viehzöllen bei weitem nicht für eine noch so schmale Rente aus. Die Hinterbliebenenversicherung soll auf Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber gestellt werden. Die Hinterbliebenenfürsorge soll für die eintreten, die auf Grund der Versicherungspflicht, der Selbstversicherung oder der Weiterversicherung der Invalidenversicherungspflicht unterstellt sind. Die Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten sollen gegenüber den bisherigen Beitragsmarken um durchschnittlich ein Viertel erhöht werden. Sind bislang in Lohnklasse I—V 14, 20, 24 30 und 36 Pfg. zu kleben, so soll künftig auf 20, 24 30, 38 und 46 Pfg. der Beitrag erhöht werden. Die Rente der Invalidenwitwe soll drei Zehntel, die Waisenrente bei Vorhandensein einer Waise drei Zwanzigstel der Invalidenrente des verstorbenen Mannes betragen. Hierzu tritt der Reichszuschuß mit je 50 Mk. zu jeder Witwen- und je 25 Mk. zu jeder Waisenrente. Wenn ein Arbeiter aus Lohnklasse IV volle 30 Jahre lang bei einem Einkommen von 1000 Mk. wöchentlich 38 Pfg. zahlt, so würde seine invalide Witwe ganze — 122,40 Mk., sein Kind 61,20 Mk., beide zusammen 183,60 Mk. jährlich an Rente oder 50 Pfg. täglich erhalten!

Auf die Einzelheiten des umfangreichen Entwurfs, der in Heymanns Verlag, Berlin, Mauerstr. 44, erhältlich ist wird noch näher einzugehen sein.

Der „Simplizissimus" und die badische Regierung.

(Nachdr. verb.) Hg. Stuttgart, 2. April.

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Stuttgart kam heute nachmittag die Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Simplizissimus", Hans Kaspar Gulbransson, zur Verhandlung. Es handelt sich um angebliche Beleidigungen des Großherzoglich badischen Staatsministeriums und der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen. Der Angeklagte, der persönlich erschienen war, wurde durch den Reichstagsabgeordneten Conrad Haußmann verteidigt. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Fischer, die Anklage vertrat Staatsanwalt Jelin. Der Anklage lag eine Zeichnung des inzwischen verstorbenen Zeichners Rudolf Wilke in der Nummer 24 des „Simplizissimus" vom 14. September 1908 zugrunde, die die Ueberschrift trug: „Aus dem Musterlande Baden." Es stellt eine Frauensperson dar, der ein Beamter der badischen Eisenbahn einen Orden überreicht. Der Text lautete: „Der Frau Alma Wassermeier wird in Anbetracht ihrer langjährigen Dienste als Großherzoglich Badische Fiskalhure die Verdienstschnalle überwiesen." Eine erklärende Note hat den Inhalt, daß der badische Eisenbahnfiskus in Heidelberg ein kleines Bordellchen unterhalte

Nach Eintritt in die Beweisaufnahme wurde als erster Zeuge der badische Regierungsrat Jansen, der Dezernent für den betreffenden Liegenschaftserwerb, vernommen: Unter den für die Erweiterung des Heidelberger Bahnhofs erforderlichen Grundstücken befanden sich drei, in denen Bordelle betrieben wurden. Wir hatten beantragt, die Häuser zu schließen und die Konzession für den Bordellbetrieb zu entziehen. Die Heidelberger Polizei wies uns aber ab und auch der Rekurs an das Ministerium des Innern nutzte nichts. Nun wurde den Ansprüchen der Hausbesitzer im Enteignungsverfahren nicht der wahre Wert, sondern der viel zu hohe Ertragswert zugrunde gelegt. Wir wollten uns daher mit den Hausbesitzern gütlich einigen. Der Privatier und frühere Bordellwirt Siwi hatte eines der drei Häuser. Er wollte sein Haus an den Fiskus abtreten, wenn ihm gestattet würde, den Bordellbetrieb noch durch das Jahr 1908 fortzusetzen. Unter dieser Voraussetzung hat er seine Forderung von 42 500 Mk. auf 25 000 Mk. ermäßigt. Damit hatten wir uns abgefunden, weil wir glaubten, dadurch auch den Preis der beiden anderen Grundstücke herabdrücken zu können. Nun befaßte sich aber auch der Heidelberger Sittlichkeitsverein mit der Sache und machte eine Eingabe an das Ministerium, in der um Aufhebung der öffentlichen Häuser ersucht wurde. Auf diese Eingabe hin verfügte das Ministerium, daß die Bordelle polizeilich geschlossen würden. — Vert. Rechtsanwalt Haußmann: Ist dem Zeugen bekannt, daß der Verkauf des „Simplizissimus" auf den badischen Bahnhöfen verboten ist? — Zeuge: Das Verbot ist erst später erlassen worden. — Verteidiger R.-A. Haußmann: Ist dem Zeugen weiter bekannt, daß in der Berliner „Welt am Montag" ein Artikel gestanden hat betitelt: „Der badische Fiskus als Bordellbesitzer" und daß gegen diesen Artikel ein Strafantrag nicht gestellt worden ist? — Zeuge: Das ist mir nicht bekannt.

Zweiter Zeuge war der Bordellwirt Heinrich Siwi. Er sagte aus, daß er das Haus für 400 Mk. monatlich verpachtet hatte. Rechnungsrat Stückler habe ihn gefragt, ob er das Haus dem Eisenbahnfiskus abtreten wolle unter der Bedingung, daß es ihm bis zum 1. Oktober 1908 zur freien Benutzung überlassen bleibe. Das Bezirksamt aber habe dann entgegen dem Vertrag den Betrieb schon am 1. Februar 1908 schließen wollen. Durch persönliche Vorstellungen aber sei es ihm gelungen, einen Aufschub bis Mitte März durchzusetzen.

Zeuge Sanitätsrat Mittermeier-Heidelberg, der Vorsitzende des Heidelberger Sittlichkeitsvereins, war mit Rücksicht auf sein hohes Alter kommissarisch vernommen worden. Aus seiner zur Verlesung kommenden Aussage ging hervor, daß die

---

6

Maruja.

Roman von Francis Bret Harte.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Auguste Scheibe.

Darauf verließ sie die völlig getröstete Faquita, ging durch die große Halle, öffnete ein Pförtchen, durchschritt einen dunklen, in die Lacksteinmauer der alten Casa gebrochenen Gang und hatte nun die Neuzeit gleichsam hinter sich gelassen, um in die friedvolle Atmosphäre der Vergangenheit einzutreten. Diese Atmosphäre lag nicht nur in den niedrigen, gewölbten Gängen, die von vergitterten Fenstern erhellt wurden; nicht nur in den rechtwinkeligen Zimmern, deren dunkles, kostbares, aber spärlich vorhandenes Mobiliar nur als Folie für die Pracht der großen, mit Spitzen bedeckten Betten dienen zu sollen schien; sie bestand hauptsächlich aus dem eigenartigen, alles durchdringenden Hauch verblaßter, verkelteter Vornehmheit, der im Dämmerlichte dieser Räume, von halb vergessenen, ruhig dahin geschwundenen Generationen der Guitierrez Kunde gab. Ein Nebel, der aus Weihrauch und dem Duft halbwelker Blumen gemischt schien, zog schleierhaft durch die langen Gänge und ließ die schmalen, schießschartenartigen Fenster auf dem blauen Hintergrunde des Himmels wie schimmernde, in die Wand eingelassene Spiegel erscheinen. Das Gemach, das den Töchtern des Hauses gehörte, sah halb wie ein Schlafzimmer, halb wie ein Betzimmer aus und zeigte ein seltsames Gemisch des Klösterlichen in den weißgetünchten, mit Kruzifixen und anderen religiösen Emblemen verzierten Wänden — und des Haremartigen, im gelegentlichen Anblick schlanker, träge ausgestreckter Mädchengestalten in kurzer, seidener Saya, weit ausgeschnittener Camisa (Hemd) und von den Füßchen fallender Pantoffeln. In einer breiten Ecke des auf den Patio führenden Ganges aber, dessen Balustrade mit bunten Shawls und Teppichen behangen war, pflegte die Herrin des Hauses, in einer Hängematte zurückgelehnt, von zahlreicher Dienerschaft umgeben, Freunden und Verwandten ihre Mittagsaudienz zu erteilen.

Hierher begab sich Maruja, wand sich durch die Gruppen der Stühle und Polster zu der Mutter hin, küßte sie auf die Stirn und schwang sich selbst wie eine weiße Taube auf das Gitter des Patio. Mrs. Saltonstall, eine brünette, wohlbeleibte Frau, die nur durch ihren sanften Gesichtsausdruck und die maßvolle Ruhe ihres Wesens davor bewahrt wurde, gewöhnlich auszusehen, hob die schweren braunen Augen zum Gesicht der Tochter auf

„Hast du dich gar nicht niedergelegt, Mara?"

„Nein, Mütterchen! Sehe ich danach aus?"

„Du mußt es gleich nachholen. — Man sagt mir, daß Kapitän Carroll heute morgen plötzlich abgereist ist?"

„Tut dir das leid?"

„Was soll ich dazu sagen? Amita scheint sich weder für José, noch für Esteban, oder Jorge oder irgend einen ihrer Vettern zu interessieren. Auch von Juan Estudillo scheint sie nichts wissen zu wollen. Der Kapitän ist aber nicht übel . . . steht im Dienst der Regierung und ist . . "

„Nicht weiter als zehn Leagues von hier zu finden!" fiel Maruja ein, indem sie mit dem Briefe in ihrem Gürtel spielte. „Laß ihn zurückrufen, Mütterchen, er wird sich freuen."

„Wie du alles leicht nimmst . . . ganz wie dein Vater. Aber unsere Amita, wie steht's mit ihr . . . grämt sie sich nicht?"

„Sie und Dorotea und die beiden Wilsons sind mit Raymond und deinem schottischen Freunde im Char-a-banes ausgefahren. Geweint hat sie nicht . . . in Raymonds Gesellschaft."

„Um so besser!" antwortete Mrs. Saltonstall, indem sie sich in ihre Hängematte zurücklehnte. „Raymond ist ein alter Freund. Nun aber solltest du dich zur Siesta niederlegen, liebes Kind, um zu Tische wieder frisch zu sein. Ich erwarte einen Gast . . . Dr. West."

„Schon wieder! Was wird Pereo dazu sagen?"

„Pereo!" wiederholte die Witwe, indem sie ungeduldig in ihrer Hängematte emporfuhr. „Pereo wird geradezu unerträglich! Er ist so verrückt wie Don Quichotte, und es wird immer unmöglicher, seine Unverschämtheiten und Einmischungen vor den Augen der Fremden zu verbergen. Natürlich begreifen sie seine vertraute Stellung zu der Herrschaft nicht, da sie nichts von seinen langen treuen Diensten wissen. Außerdem sind die Haushofmeister nicht mehr üblich, liebes Kind. Die Vallejos, die Briones, die Castros haben keinen mehr, und Dr. West sagt mit Recht, daß sie ein lächerliches Ueberbleibsel des früheren, patriarchalischen Systems sind."

„Und durch gewandte Fremdlinge ersetzt werden können," fiel Maruja ernsthaft ein.

„Und das um so eher, wenn das patriarchalische System nicht imstande ist, den Kindern die gebührende Ehrfurcht für die Eltern einzuflößen. Nein, Maruja! Nein, ich bin gekränkt, küsse mich nicht . . . Und sieh nur, wie dein Haar herunter hängt, und deine Augen haben Ringe, daß sie aussehen wie Eulenaugen. Du redest diesem fanatischen Pereo auch nur das Wort, weil er dich in Ruhe läßt, während er deinen armen Schwestern und ihrem Gefolge nachspürt, wie der Indianer tun würde, dessen Blut in seinen Adern fließt. Nur die Heiligen wissen, ob er nicht schuld daran ist, daß Kapitän Carroll die Flucht ergriffen hat. Er glaubt wahrhaftig, der einzige Schutz und Schirm unserer Familienehre zu sein, glaubt von Don Fulono, von Koorotore mit der heiligen Mission betraut zu sein, den Fluch von uns abzuwenden. Ich bin überzeugt, daß er seine Einbildungen durch Aguardiente (Branntwein) aufzufrischen pflegt, und daß unsere einfältigen Tagelöhner und Dienstboten einen Propheten in ihm sehen. Die Kinder erfüllt er durch seine albernen Geschichten mit abergläubischem Schrecken und bringt sie dazu, den heidnischen Grabhügel zu schmücken, als ob es der Schrein unserer lieben Frau der Schmerzen wäre. Gegen Dr. West hat er sich gestern abend gerade zu unartig benommen."

„Aber du selbst hast ihn in seiner Vertrauensstellung befestigt," sagte Maruja. „Erinnere dich, liebe Mutter, wie du ihn beauftragt hast, Duena Enriquita und Oberst Brown zu überwachen und den jungen Engländer fortzuschaffen, der Dorotea zu viel Aufmerksamkeit erwies; selbst den armen Raymond hattest du ihm in die Hände gegeben, und er ging so rücksichtslos mit ihm zu Werke, daß ich mich des Unglücklichen erbarmen mußte."

„Ich hatte ihm einfach die Erklärungen aufgetragen, die ich selbst nicht geben kann, ohne die althergebrachte Gastfreundlichkeit der Casa zu verletzen," erwiderte Dona Maria mit einer gewissen schwerfälligen Würde, die — trotz der Schwäche ihrer Beweisführungen — nicht ohne Eindruck zu bleiben pflegte. „Noch ist es — der heiligen Jungfrau sei Dank! nicht so weit gekommen, daß wir selbst den Ansprüchen jedes Gastes, den der Zufall unter unser Dach geführt hat, Beachtung schenken müßten, wie die heiratstiftenden, töchterverschachernden Engländer und Amerikaner tun. Auch war Pereo damals noch taktvoll und vorsichtig — jetzt ist er verrückt. Man muß unter den Fremden, die unser Tal bevölkern, Unterschiede zu machen wissen . . . um so mehr, da die Bewerber aus unseren alten Familien mehr und mehr verschwinden."

„Das ist nicht so schlimm," meinte Maruja mit scheinbarer Unbefangenheit. „Da ist der treffliche Ramierrez, der sich vor kurzem beinahe eine Gemahlin aus der Singspielhalle von San Franzisko geholt hätte . . vielleicht kann er dem Feuer noch entrissen werden. — Dann der jugendliche José Castro, erster Padrono unserer nationalen Stiergefechte in Soquel, berühmter Reiter und Sieger in — ich weiß nicht wie viel Rennen. Und haben wir nicht Vincente Peralta, der, wie die Rede geht, einen Sitz im amerikanischen Kongreß anstrebt? — Er kann wirklich lesen und schreiben, ich habe selbst einen Brief von ihm." Dabei bog sie das Schreiben des Kapitän Carrol herab und zeigte ein anderes, das darunter steckte.

Mrs. Saltonstall schlug mit dem Fächer auf die Hand der Tochter.

„Du spottest über alles — nur Pereo verteidigst du jederzeit. Geh jetzt und suche dich in einen besseren Gemütszustand hinein zu schlafen. — Halt — ich höre des Doktors Pferd . . geh schnell hin und überzeuge dich, daß Pereo ihn in gebührender Weise empfängt."

Maruja war kaum in den dunklen Zwischengang eingetreten, als sie mit dem Neuangekommenen zusammentraf, einem grauhaarigen Sechziger mit harten Zügen, der allem Anschein nach ohne Umstände ins Haus getreten war.

„Sie haben das Anmelden nicht erwarten wollen," sagte sie freundlich, „Mama wird sich durch Ihre Ungeduld geschmeichelt fühlen . . . sie ist im Patio."

„Pereo hat wahrscheinlich noch zu viel mit der Nachwirkung des Aguardiente zu tun, das er gestern in sich hineingegossen, um an das Anmelden zu denken," gab Dr. West trocken zur Ant-

erste Eingabe gegen die öffentlichen Häuser im November 1907 erfolgt sei. Die Häuser seien im März geschlossen worden.

Nunmehr brachte Vert. R.-A. Haußmann den bereits erwähnten Artikel der „Welt am Montag" zur Verlesung zum Beweise dafür, daß in ihm die gleichen Tatsachen behauptet worden sind, ohne daß eingeschritten worden wäre.

Zur Begründung der Anklage führte Staatsanwalt Jelin aus: Der Angeklagte hat sowohl durch die bildliche Darstellung wie durch den Text der badischen Regierung seine Mißachtung ausdrücken wollen. Er hat die badische Eisenbahn beleidigt. Der Eisenbahnminister sollte getroffen werden. Das geht schon daraus hervor, daß ein Beamter in badischer Eisenbahnuniform auf dem Bilde gezeichnet ist. Dem Ministerium wird unterstellt, daß es Orden nicht nur an Würdige verteile, sondern auch an Insassen eines Bordells. Nun darf die Satire gewiß übertreiben, aber sie darf nicht durch unwahre Behauptungen verletzen. Es wird behauptet, daß die Regierung das Bordell selbst betrieben habe, sogar lange betrieben habe, denn es wird von den langjährigen Verdiensten der Alma Wassermeier gesprochen. Ich wollte zuerst zugeben, daß die badische Regierung unvorsichtig und ungeschickt gehandelt hat. Nach der Aussage des Zeugen Jansen kann ich das aber nicht mehr. Die badische Regierung hat verlangt, daß das Bordell geschlossen werde. Was aber hat der Angeklagte daraus gemacht? Die Grundlage einer Karikatur muß wahr sein. Der § 193 ist nicht anwendbar, denn die Bordelle waren längst geschlossen, als der Angriff erfolgte. Korrekt ist der Sittlichkeitsverein verfahren. Dem lagen allerdings auch persönliche Zwecke ganz fern. Der Vergleich mit dem Artikel in der „Welt am Montag" paßt nicht, denn er behauptet nur, daß der Fiskus das Haus besitzt, während der Angeklagte behauptet, daß er das Haus betreibt. Mit Rücksicht auf die hohe Verbreitung des „Simplizissimus" beantrage der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 1000 Mark.

Vert. R.-A. Haußmann bekämpfte zunächst in juristischen Ausführungen die Erhebung der Anklage und beantragte formell Einstellung des Verfahrens. Materiell führte er aus: Die Forderung des Siwi von 42 500 Mk. war nicht so exorbitant hoch, daß eine Behörde deswegen einen Bordellbetrieb weiter dulden durfte. Man hätte ihm das Geld ruhig zahlen sollen und Siwi wäre sofort ausgezogen. Aber um eines finanziellen Effektes willen hat die badische Eisenbahnverwaltung einen Betrieb geduldet, der an und für sich gegen den § 180 (Kuppeleiparagraph) verstößt. Dagegen hatte der Angeklagte die allerschwersten Bedenken. Die Verwaltung, die so sittlich war, daß sie den „Simplizissimus" auf ihren Bahnhöfen verbot, beging eine Handlung, die den § 180 mindestens streift. Was ist natürlicher, als daß ein satirisches Blatt sich sagte: von hier bis zur Anerkennung des Bordellbetriebes ist es nicht mehr weit! Ob das Bordell bereits geschlossen war, als der Angriff erfolgte, war gleichgiltig. Das ändert an der Beurteilung der Persönlichkeiten nichts. Entscheidend war, daß das Gewerbe mit Genehmigung der Bahnverwaltung weiter betrieben worden ist. Das Bild ist das Werk eines der besten aller deutschen Karikaturisten. Nur durch das Eingreifen des Sittlichkeitsvereins ist der Sache ein Ende gemacht worden. Sonst hätte Herr Siwi bis zum Oktober seinen Betrieb ausüben können. Ich beantrage die Freisprechung des Angeklagten.

Nach einstündiger Beratung wies das Gericht die formellen Einwände des Verteidigers als rechtlich unerheblich zurück und setzte die Urteilsverkündung auf Dienstag vormittag fest.

Parteinachrichten.

Vom Strafkonto der Presse. Wegen des „Schinderknecht"-Artikels wurde am Freitag Genosse Nottebohm von der „Arbeiter-Zeitung" in Dortmund vom dortigen Landgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt.

Vom Fortschritt der Presse. Trotz der Krise, die eine starke Abwanderung aus dem Industriebezirk zur Folge hatte, ist es den Genossen des Wahlkreises Bochum gelungen, die Abonnentenzahl des „Volksblatt" im Laufe des Winters um 1300 zu steigern. Dies ist vornehmlich einer intensiven Hausagitation zu verdanken, die in allen Orten durchgeführt wurde. — Die „Arbeiterzeitung" in Dortmund teilt mit, daß sie neben ihren bisherigen regelmäßigen Beilagen „Nach der Arbeit" (Unterhaltungsbeilage), „Die Genossin" (Frauenbeilage), „Der junge Kamerad" (Jugendbeilage) noch eine vierte regelmäßige Beilage unter dem Titel „Wissen ist Macht" vom 1. April an erscheinen lassen wird. „Wissen ist Macht" soll eine literarische Beilage sein, deren Aufgabe es in erster Linie sein soll, den Parteigenossen ein Wegweiser zu sein durch das Gebiet der Neuerscheinungen der Parteiliteratur und der für die Arbeiterleser in Betracht kommenden Teile der besseren bürgerlichen Parteiliteratur.

Ein Parteikassenmarder. Am 3. März d. J. erschien im Bureau des Hamburger Parteisekretariats der ungarische „Parteigenosse Adolf Goldberger", der unter Vorzeigung einer angeblich von dem Budapester Vertrauensmann ausgestellten Bescheinigung den politischen Flüchtling mimte, der von den ungarischen Behörden wirtschaftlich ruiniert und von Ort zu Ort gehetzt worden sei. Er erhielt eine Unterstützung von 15 Mk., weil er vorgab, er wolle nach Paris reisen. Abends erzählte „Goldberger" auf einer Herberge, wie man zu Geld kommen könne, ohne viel arbeiten zu müssen. Diese Aeußerung kam dem Sekretariat zu Ohren, worauf man den Ungarn beim Schopfe nahm. Er entpuppte sich als der wegen Hehlerei mit 8 Monaten Gefängnis vorbestrafte Buchdrucker Franz Johann Wallfisch, geboren am 24. März 1869 in Ungarn. Am Dienstag nachmittag hatte W. sich vor dem Landgericht in Hamburg wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten. Mitgliedskarte und Begleitschreiben soll nach seiner Behauptung ein anderer Buchdrucker gefälscht haben. Das Gericht verurteilte den Schwindler, der bis zum Jahre 1902 der ungarischen Parteiorganisation angehört haben will, zu 2 Monaten Gefängnis.

Personalien. In die Redaktion der „Arbeiterzeitung" zu Dortmund trat am 1. April Genosse Georg Beyer aus Breslau ein, der bis November vorigen Jahres an der „Leipziger Volkszeitung" tätig war. Gleichzeitig schied Genosse William Bromme aus dem Redaktionsverband des Dortmunder Organs. — In die Redaktion des „Volkswille" zu Hannover ist am 1. April Genosse Albert Meyer eingetreten, der vor 1½ Jahren aus der Redaktion der „Brandenburger Zeitung" schied. Genosse Meyer übernahm die Redaktion des provinziellen Teils des „Volkswille" an Stelle des Genossen Thomas, der am gleichen Tage austrat.

Unsere Toten. Der Genosse Emil Fischer, Redakteur am „Hamburger Echo", ist nach etwa einjähriger Krankheit an einer Nierenentzündung in San Remo, wo er sich seit Anfang Dezember aufhielt, gestorben.

Fischer war am 17. Januar 1858 in Potsdam geboren. Er war von Beruf Steindrucker und hat auf seiner Wanderschaft Deutschland, Norditalien, die Schweiz und die skandinavischen Länder durchzogen. Die Erkenntnis seiner Klassenlage führte ihn sehr bald in die Reihen der Arbeiterbewegung. In den achtziger Jahren war er in der Wilhelmshavener Werft als Arbeiter tätig. Er wurde dort gemaßregelt und zum Redakteur an die in Bant gegründete „Nordwacht" berufen, die er bis 1890 redigierte. In dieser Eigenschaft hat er viele Gefängnisstrafen erlitten. Dann wurde er Lokalredakteur am „Hamburger Echo" und bekleidete diesen Posten bis zuletzt. Im Jahre 1904 wurde er in die Hamburger Bürgerschaft gewählt, wo er einer der eifrigsten, befähigtesten und wirksamsten Redner der Sozialdemokratie war. Seit zwei Jahrzehnten kandidierte er im Reichstagswahlkreise Lüneburg-Winsen.

Aus der geeinigten Partei Frankreichs. Der neugewählte Deputierte von Marseille, Bouisson, ist unter etwas ungewöhnlichen Umständen Mitglied der geeinigten Partei geworden. Vor drei Wochen drang er im zweiten Wahlgang gegen einen radikalen Kandidaten und gegen den Kandidaten der geeinigten Partei, Cremieux, durch. Er hatte in der Wahlagitation eine vag sozialistische, regierungsfeindliche Politik vertreten. Nach seiner Wahl meldete er seinen Beitritt zu einer Marseiller Bezirksorganisation an, die ihn auch aufnahm, und nun hat der Föderationskongreß mit allen gegen drei Stimmen diesen Beitritt zur Kenntnis genommen. Die Situation ist recht merkwürdig. Denn Bouisson hätte, weil ihm die vorgeschriebene Parteizugehörigkeit fehlte, nicht Kandidat der geeinigten Partei werden können und nun ist er, wenn der Parteitag nicht den Marseiller Beschluß kassiert, Abgeordneter, und zwar, nachdem er in einer Wahlkampagne gegen den Kandidaten der Partei aufgetreten ist. Für die Mängel der Parteiorganisation selbst in großen Arbeiterzentren ist der Vorfall bezeichnend. Daneben aber auch für die steigende Anziehungskraft, deren sich die geeinigte Partei nach den neuesten Erfolgen erfreut. So ist z. B. kürzlich der Pariser Gemeinderat Navarre, übrigens einer der verdientesten und sozialpolitisch unterrichtetsten Kommunalpolitiker in den Gemeinderatsklub der geeinigten Partei eingetreten, der er jahrelang als „Unabhängiger" ferngeblieben war. — Dagegen ist der Deputierte Poulet wegen Nichterfüllung seiner organisatorischen Verpflichtungen von der Seine-Föderation aus der Partei ausgeschlossen worden. Gegen den Beschluß ist Appell an den Parteitag zulässig.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnbewegung der Schneider in Magdeburg ist beendet. Die Herrenschneider erreichten eine drei- bis fünfprozentige Lohnerhöhung. Die Damenschneider verkürzten ihre Arbeitszeit, die jetzt 9½ Stunden beträgt, um ½ Stunde. Bei einzelnen Firmen wurde außerdem eine beträchtliche Lohnerhöhung erzielt.

Aussperrung im Berliner Bauklempnergewerbe. Wie schon erwähnt, sind im Berliner Bauklempnergewerbe die Verhandlungen über die Einführung eines neuen Tarifvertrages gescheitert. Die Arbeitgeberorganisationen haben beschlossen, alle Betriebe zu schließen und die Aussperrung so lange fortzuführen, bis der Deutsche Metallarbeiterverband den von ihnen vorgelegten Tarifentwurf anerkannt hat. Das heißt dann „freier" Tarifvertrag. Auch im Bauanschlägerberuf droht ein schwerer Lohnkampf. In diesem Gewerbe ist der Tarifvertrag heute gleichfalls abgelaufen, und die Arbeitgeber haben beschlossen, nachdem die Tarifverhandlungen gescheitert sind, sämtliche Akkordlöhne um 10 v. H. zu kürzen. Da es wohl ausgeschlossen ist, daß die im Deutschen Metallarbeiterverband und im Verein der Bauanschläger organisierten Arbeitnehmer diese Lohnkürzung ruhig hinnehmen werden, dürfte es auch bei den Bauanschlägern zu einem folgenschweren Lohnkampf kommen. Es ist deshalb der Zuzug von Bauklempnern und Bauanschlägern nach Berlin fernzuhalten.

Die dem Gewerkschaftskartell Dresden angeschlossenen Gewerkschaften hatten am Ende des Jahres 1908 eine Mitgliederzahl von 58 861 (52 784 männliche, 6077 weibliche). Es wurden 13 167 Aufnahmen erzielt, 11 462 Mitglieder gingen verloren. Das gewaltige Wachstum der Gewerkschaftsbewegung in Dresden geht daraus hervor, daß im Jahre 1903 nur 25 714 Mitglieder vorhanden waren. Die Einnahmen der Gewerkschaften betrugen 2 329 861 Mk., die Ausgaben 1 792 972 Mark. Die letzteren setzten sich wie folgt zusammen: Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung 86 368 Mk. (1907: 399 044 Mk.), Arbeitslosen-Unterstützung 359 744 (1907: 277 462 Mk.), Krankenunterstützung 291 082 Mk. (1907: 147 305 Mk.). Streiks und Aussperrungen sind in 26 Gewerkschaften zu verzeichnen, an denen 3500 Mitglieder beteiligt waren. Eine ganze Reihe Differenzen sind ohne Arbeitsniederlegung erledigt worden. In 20 Fällen hat das Einigungsamt des Gewerbegerichts eingegriffen. 26 Gewerkschaften haben im verflossenen Jahre Tarife abgeschlossen. In Dresden hat sich im verflossenen Jahre auch ein sogenanntes nationales Kartell gebildet, dem die christlichen, Hirsch-Dunckerschen und nationalen Arbeiter, 25 Vereine und Vereinchen, sich anschlossen. Sie renommieren damit, 8000 Mitglieder zu haben. Doch dürften sie deren nicht sicher sein, denn bei den Gewerbegerichtswahlen wagten sie nicht einmal, eigene Kandidaten aufzustellen.

Glasschleifer-Ausstand beendet. Durch die Vermittlung des Gauleiters vom Glasarbeiterverband ist der Konflikt der Glasschleifer bei der Firma Schramm u. Schupp in Langewiesen i. Th. beigelegt worden.

Schwarze Listen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Vier dieser Listen sind uns wieder auf den Tisch geflogen. Sie datieren vom 6., 8. und 9. März und tragen die Nummern 24 bis 27. Unterm 6. März wird ersucht, drei Modelltischler nicht einzustellen, weil sie am 4. März wegen Entlassung eines Kollegen bei der Firma Johann Wilhelm Spät in Nürnberg die Arbeit niedergelegt haben. — Unterm 8. März wird eine schwarze Liste Nr. 17 vom 24. Februar d. J. für ungiltig erklärt, weil die Lohndifferenzen bei der Firma Bernhardt u. Philipp in Chemnitz infolge Anwerbung anderer Arbeitskräfte beendet worden sei. — Am 9. März werden im Rundschreiben Nr. 26 elf Former der Suderburger Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G. zu Magdeburg schwarzgeschrieben, die am 6. März wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt haben, und unter dem gleichen Datum wird eine „Arbeiterbewegung" bei der Firma Boecker u. Co. in Gelsenkirchen-Schalke als beendet erklärt, wodurch gleich drei schwarze Listen — Nr. 15 18 und 19 vom 23. und 25. Februar und 1. März — erledigt werden.

Bergarbeiterstreik. Die Braunschweigischen Kohlenwerke zahlen ihren Aktionären 14 Prozent Dividende. Trotzdem kürzten sie ihren Grubenarbeitern im Januar d. J. den Lohn um 10 Prozent. Mitte März verlangten die Arbeiter die Zusicherung des alten Lohnes. Die Forderung wurde von der Verwaltung jedoch rundweg abgelehnt. Darauf legten über dreihundert Arbeiter der Grube „Treue" bei Schöningen und die Arbeiter der Grube „Trendelbusch" am Donnerstag die Arbeit nieder. Die christlichen Bergarbeiter und die vom alten Verbande geben gemeinschaftlich vor.

Die Lederarbeiter in Oederan sind in den Ausstand getreten.

Im Schneidergewerbe in Zöbau wurde ein Tarif mit der Schneider-Zwangsinnung abgeschlossen.

Genossenschaftsbewegung.

Die „Deutsche Kohlenzeitung" gegen die Beamtenkonsumvereine und Kohlenkassen. Dem Oppelner Beamtenverein ist es gelungen, durch vertragliche Verpflichtung der Königlichen Bergwerksdirektion in Zabrze seinen Mitgliedern für das Jahr 1909 den direkten und billigen Bezug von Kohlen zu vermitteln. Darüber ist die „Deutsche Kohlen-Zeitung" ganz aus dem Häuschen geraten, und was sie dem Fiskus sagt, sind keine Schmeicheleien. Ihm wird der Vorwurf gemacht, daß er „durch ein solches Verhalten die wirklich traurige Lage der Geschäftsstände nur noch verschlechtern hilft." und daß sein Beispiel „immer verheerender

---

wort. „Ich traf ihn abends vor der Tienda (ländlicher Kramladen), in Gesellschaft zweier Gurgelabschneider, die man am liebsten über den Haufen geschossen hätte."

„Ein Haushofmeister hat allerlei Einkäufe zu machen, muß mit allerlei Volk verkehren," antwortete Maruja, und mit süßem Lächeln fügte sie hinzu: „Was wollen Sie? Seinen Umgang sorgfältig auszuwählen ist eben nicht möglich — können wir es doch kaum für uns selbst."

Einen Augenblick schien es, als ob der Doktor etwas erwidern wollte, dann aber ging er mit einem ingrimmigen „Guten Morgen!" an ihr vorüber, dem Patio zu. Maruja folgte ihm nicht; ihre Aufmerksamkeit wurde plötzlich durch eine bisher unbemerkte, regungslose Gestalt in Anspruch genommen, die, in einem Winkel des Ganges verborgen, auf sie zu warten schien. Das scharfe Auge der Tochter Joseph Saltonstalls hatte sich nicht getäuscht; ohne weiteres ging sie auf die Gestalt zu und sagte in scharfem Tone:

„Pereo!"

Zögernd trat die Gestalt in das Licht des vergitterten Fensters. Es war die eines alten, großen Mannes, der sich noch immer aufrecht hielt, obwohl das Haar von seinen Schläfen verschwunden war und nur noch in zwei oder drei langen, starren Strähnen in seinem Nacken hing. Sein Gesicht, auf das einer der Gitterstäbe einen finsteren Schatten warf, war gelb, wie getrocknete Tabakblätter, und wie diese von dicken Adern durchschnitten. Seine Kleidung glich in seltsamer Mischung halb der eines Geistlichen, halb der eines Viehtreibers; seine Sammetmanchesterhosen waren vom Knie an offen und mit goldenen Knöpfen besetzt; die breite rote Schärpe, die er um den Leib gewunden hatte, wurde zum Teil durch eine lange, faltenlose Chaqueta verhüllt und darüber trug er einen runden, priesterlichen Mantel von schwarzem feinem Tuch, der vermittels eines mit Gold umsäumten Schlitzes über den Kopf gezogen war. Seine ruhelosen gelben Augen senkten sich vor denen des jungen Mädchens und der steife, lackierte, breitrandige Sombrero, den er in der runzeligen Hand hielt, zitterte.

„Du spionierst schon wieder, Pereo!" sagte Maruja in einem anderen Dialekt, als sie mit der Mutter gesprochen hatte; „das ist unwürdig für den vertrauten Diener meines Vaters."

„Dieser Mensch . . . dieser Coyote, Dona Maruja, ist unwürdig Ihres Vaters, Ihrer Mutter, Ihrer selbst!" antwortete er mit heftigen Gebärden, in lautem Flüstertone. „Ich, Pereo, spioniere nicht, ich verfolge . . . verfolge die Spur des schleichenden Raubtieres, bis ich's in meine Gewalt bekomme und ihm den Garaus machen kann. Ja, ich war es — ich, Pereo, der schon Ihren Vater vor diesem Menschen gewarnt hat, welcher sich mit der halben Besitzung, die er an sich gerissen, nicht begnügen wird. Ich, Pereo, habe auch Ihre Mutter gewarnt, habe ihr gesagt, daß er jedesmal, wenn er den Boden der Mission Perdida betritt, mit den Augen die Felder abmißt, die er davon losreißen könnte!" Der Alte schwieg schweratmend still; in seinem Blick lag der unheimliche Glanz einer fixen Idee.

(Fortsetzung folgt.)

Ein viermonatlicher Bierboykott und seine Wirkung auf die Arbeiter.*

Die im Schutzverband der alpenländischen Brauereien vereinigten Bierfabrikanten beabsichtigten, den Bierpreis in Steiermark (und ebenso in den übrigen Alpenländern) vom 1. Juli 1908 an zu erhöhen. Sie gewannen die Wirte dadurch für den Plan, daß sie bei der Beute „Halbpart" beschlossen. Die Preissteigerung, in deren Ertrag sich Brauer und Wirte teilen wollten, betrug 4 Heller per Liter, und um jede Konkurrenz unter den Wirten unmöglich zu machen, sollten die Wirte (und auf ihr Betreiben auch die Konsumvereine) gezwungen werden, das Bier nur zu erhöhtem Preis abzugeben — bei Strafe des Entzuges der Bierlieferung. Unter dem Eindruck einer Versammlung der Ortsgruppe Graz des Arbeiter-Abstinentenbundes Oesterreichs und der Veröffentlichung meines Referates im sozialdemokratischen Parteiblatt von Steiermark und Kärnten, im „Arbeiterwille", entstand eine unerwartete Bewegung unter der Arbeiterschaft, ein spontaner Ausbruch eines Bierboykotts, der am 1. Juli ohne jeden Beschluß und ohne jede weitere Agitation einsetzte und eine solche Höhe erreichte, daß nach 14 Tagen die sozialdemokratische Partei von Steiermark und von Kärnten offiziell den Boykott über das verteuerte Bier verhängte.

Boykotts als Kampfmittel gegen Verteuerung von Lebensmitteln oder Gebrauchsgegenständen, die als solche oder als Genußmittel gelten, sind bisher fast immer schiefgegangen. Milchboykott, Fleischboykott, Brotboykott, selbst wenn sie sich nur gegen einzelne Verteuerer richten, leiden meist schwer unter der Unübersehbarkeit der Konsumenten, ganz besonders unter der Indolenz der Frauen und unter der falschen Noblesse der bürgerlichen Kreise, der Beamten und Gewerbsleute, die zu persönlichen Opfern nicht bereit sind und denen es „auf den einen Kreuzer mehr nicht ankommt". Besonders sind fast alle gegen eine Verteuerung des Bieres gerichteten Boykotts erfolglos geblieben. Gerade da liefert das bierselige Bürgertum, besonders in den großen Städten, einen starken Konsumenten und hilft dadurch den Brauereien, die Uebergangszeit zu überdauern. Wenn trotzdem der Bierboykott in Steiermark und Kärnten vier Monate angedauert hat und mit einem teilweisen Erfolg durch einen regelrechten Friedensschluß zwischen der mächtigen Organisation der Brauereien und den sozialdemokratischen Landesparteivertretungen von Steiermark und Kärnten beendet wurde, kann daraus auf die Wucht und die Zähigkeit ein Rückschluß gezogen werden, womit die Arbeiter in Steiermark (besonders in den Provinzorten, weniger stramm in Graz) den Bierboykott einhielten. Dies nur zur Information, da ich nicht über den Boykott selbst, sondern über seine Wirkungen speziell auf die boykottierende Arbeiterschaft berichten will. Erwähnt sei nur, daß der Bierboykott zum großen Teil in Wort und Schrift vom Abstinenzstandpunkt aus begründet wurde und daß es keinem der Parteiredner, auch wenn sie keine Abstinenten waren, mehr einfiel, die Verteuerung des Bieres als die eines „Nahrungsmittels" zu bekämpfen, wie es noch vor wenigen Jahren allgemein üblich war.

Ueber die Wirkungen des Bierboykotts auf die Arbeiterschaft liegt mir das Material einer schriftlichen Enquete vor, die ich bei den Parteivertrauensmännern der Lokalorganisationen von Steiermark im Oktober 1908 veranstaltete, und zwar um eine Grundlage für ein Referat zu erhalten, das ich auf dem letzten Kongreß des Alkoholgegnerbundes in Wien halten sollte. Daran war ich verhindert, ich glaube aber, daß das Material von Interesse für die Oeffentlichkeit und für die Partei ist.

An die Parteivertrauensmänner richtete ich 11 Fragen. 31 Antworten liefen ein, nur fünf der Einsender sind mir als Abstinenten bekannt. Die Fragen lauteten:

1. Haben viele Arbeiter auf den Alkohol (Wein, Most, Schnaps) überhaupt verzichtet oder bedeutend weniger als früher getrunken? Welche Getränke (Wein, Most, Schnaps, Kracherl, Kaffee, Tee, Milch, Wasser) wurden von den Boykottierenden getrunken?
2. Ist in den Werkstätten viel weniger Alkohol getrunken worden?
3. Welche Beobachtungen machten die Arbeiter selbst über die Wirkung der Bierenthaltung? Fühlen sie sich für die Arbeit leichter? (Angabe des Betriebes oder der Branche).
4. Fühlen sich die Arbeiter gesünder, weniger müde als in der Bierzeit? Sind Angaben über erhöhte Arbeitsleistung (bei Akkordarbeit vielleicht durch höhere Verdienste) möglich?
5. Wie steht es mit der Zahl der Unfälle und der Erkrankungen in der bierlosen Zeit?
6. Hat der Gasthausbesuch überhaupt abgenommen? Wenn ja, was machten die Arbeiter mit ihrer freien Zeit?
7. Machte sich eine vermehrte Ausgabe für Lebensmittel, Kleider, Wäsche, Bücher, Zeitungen oder für Frau und Kinder bemerkbar?
8. Sind Ihnen Aeußerungen von Arbeitern oder ihren Frauen über die finanzielle Wirkung des Bierboykotts auf ihre Einnahmen und Ausgaben (Ersparnisse) bekannt?
9. Wie ist überhaupt die Stimmung der Arbeiter über die Enthaltung vom Biertrinken? Ist zu erwarten, daß nach einer Aufhebung des Bierboykotts wieder im alten Ausmaß getrunken wird, oder wird sich voraussichtlich eine dauernde Abnahme zeigen?
10. Ist in Ihrem Orte eine moralische Wirkung des Bierboykotts durch Unterbleiben oder selteneres Vorkommen von Raufereien an Zahltagen, Sonn- und Feiertagen, Mißhandlungen von Frauen und Kindern, Lärmen in den Straßen, Verhaftungen und sonstigen Konflikten zu verzeichnen?

---

* Diesen Artikel des Genossen Dr. Michael Schacherl entnehmen wir dem Heft 6 (1. März 1909) der österreichischen sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf".

auf die Hunderttausende der Geschäftsleute wirkt, die zum Teil heute schon auf den Trümmern ihrer Habe stehen". Dann fährt das Blatt in seiner Nr. 2 vom 9. Jan. 1909 in heuchlerisch jämmerlichem Tone fort:

„Armer Staat, armes Land, dessen treueste Bürger an der Grenze ihrer Ernährungsmöglichkeit infolge eines „laisser aller" angekommen sind. Der Beamte hält sich für berechtigt, den höchsten wirtschaftlichen Schutz zu fordern, schätzt seine Arbeit besonders ein, und am liebsten wäre es ihm, der Staat schüfe zur Deckung aller seiner Lebensbedürfnisse besondere kostenlose Einrichtungen. Die „Anderen", ja, die haben nur das Recht, Steuern zu zahlen, im übrigen aber hübsch still zu sein.

Diese „treuesten Staatsbürger" haben eine merkwürdige Auffassung vom Patriotismus. Sie wollen nämlich dafür bezahlt sein. Wo ein Händlerblatt gegen Konsumvereine hetzt, versehlt es nie, auf die „staatstreue" Gesinnung der Krämer hinzuweisen. Das ist schließlich auch begreiflich, denn da, wo die Konsumenten durch genossenschaftliche Selbsthilfe ihre Bedarfsbefriedigung organisieren, ist die Existenzberechtigung der Händler verschwunden. Sie belasten dann bloß noch die Konsumenten, haben aber keine volkswirtschaftlich nützlichen Funktionen zu erfüllen. Sie entdecken darum ihren „Patriotismus" und verlangen dafür eine Belohnung durch Unterdrückung der Konsumvereine. Richtige Krämermoral!

Der größte Konsumverein der Welt ist, wenigstens hinsichtlich des Umsatzes, die Konsum- und Produktivgenossenschaft Leeds. Der Breslauer Konsumverein verzeichnet trotz seiner 89 000 Mitglieder einen Umsatz von 20 Millionen Mark, während die Konsum- und Produktivgenossenschaft Leeds im Jahre 1908 mit 50 000 Mitgliedern einen Umsatz von 33 223 640 Mk. erreichte. Die Gründung der Genossenschaft erfolgte in der Zeit der gewaltigen Brot- und Mehlteuerung, unter der in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts die englische Arbeiterschaft zu leiden hatte. Sie begann ihre Tätigkeit als Produktivgenossenschaft. Eine Anzahl Arbeiter gründete im Jahre 1847 eine genossenschaftliche Kornmühle, aus der später die heutige Genossenschaft sich entwickelt hat, die außer Mehl auch Schuhe, Möbel, Bürsten, Zinnwaren, Brot, Fleisch, Konfektionswaren u. a. produziert. In der Kornmühle werden jährlich 150 000 Säcke Mehl und 180 000 Säcke anderer Fabrikate im Gesamtwert von 6 Millionen Mark produziert. Vier eigene Kähne von je 100 Tonnen besorgen den Getreidetransport von Hull nach der Mühle, die am direkten Wasserweg Leeds—Hull gelegen ist. Der große Getreidesilo leistet stündlich 15 Tonnen. In der Schuhfabrik, die 175 Personen beschäftigt, werden wöchentlich 2100 Paar Schuhe hergestellt und 2000 Paar Schuhe repariert. Die Bäckerei produziert wöchentlich außer 20 000 3-Pfd.-Broten und 3000 Dutzend Pasteten und Kuchen sowie 3000 Pfd. Kakes und 500 Pfund Schweinefleischpasteten große Mengen von Biskuits, Zuckerwaren, Kandiszucker u. a. m. In der Hemdenfabrik werden pro Woche 800 Stück Hemden verfertigt. In der Schlächterei beträgt der wöchentliche Umsatz 90 000 Mk.; es werden pro Woche 120 Rinder, 290 Schafe und 150 Schweine verarbeitet und 80 Zentner Wurst sowie 200 Zentner Schmalz fabriziert. In Verbindung mit der Schlächterei besitzt die Genossenschaft eine 90 Acre große Viehzuchtfarm. Die erst im Februar 1908 eröffnete Dampfwäscherei beschäftigt 80 Personen und erzielt einen Wochenumsatz von 3000 Mk.

Bedeutendes leistet die Konsum- und Produktivgenossenschaft auch auf dem Gebiete der Kohlenversorgung. Ihr Umsatz in Kohlen beträgt wöchentlich zirka 4000 Tonnen. Außer sechzehn Kohlenlagern besitzt die Genossenschaft eigene Kohlenwerften am Leeds- und Liverpoolkanal und am Aire sowie 21 Kohlenzähne und 150 Eisenbahnwaggons zur Beförderung des schwarzen Materials aus den Yorkshireminen. Insgesamt besitzt die Genossenschaft 245 Niederlagen, darunter 95 für Kolonialwaren, 79 für Fleischwaren, 24 für Manufakturwaren, 19 für Schuhwaren, 7 für Konfektionswaren, 5 für Fische und Grünzeug und 16 Kohlenniederlagen. Die Anteile der Mitglieder beziffern sich auf 16 758 340 Mk.; für Erziehungszwecke sind im letzten Jahre 31 200 Mark ausgegeben worden. Beschäftigt sind insgesamt 2196 Personen. Wenn man berücksichtigt, daß Leeds eine Fabrikstadt mit kaum einer halben Million Einwohner ist, so ergibt sich, daß dort mehr als die Hälfte aller Familien dem Konsumverein angeschlossen sind.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Die 20prozentige Waffen- und Munitionsdividende.** Die zum Loewe-Konzern gehörenden deutschen Waffen- und Munitionsfabriken erfreuen ihre Aktionäre wiederum mit einer Dividende von 20 Prozent. Die Gesellschaft besitzt die Metallpatronenfabrik in Karlsruhe, die Waffenfabriken in Martinikenfelde, die Kugellager- und Stahlkugelfabrik in Wittenau, ihr gehört die Waffenfabrik Mauser in Oberndorf, der größte Teil der Aktien der Dürener Metallwerke A.-G., ferner ist sie an Motorenfabriken und ausländischen Waffenfabriken beteiligt. Das Geschäft in Friedensartikeln litt im verflossenen Jahr unter den Folgen der Krise, doch die Kriegsartikel haben diesen Rückgang ausgeglichen, der Reingewinn beträgt 3,78 Millionen Mark gegen 3,76 im Vorjahre. Dennoch fühlten sich die Aktionäre „beunruhigt", da der Geschäftsbericht die Mitteilung brachte, daß die Waffenfabrik Mauser in Oberndorf für das Jahr 1908 keine Dividende zur Verteilung bringe. In dem Abschlusse der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken für das Jahr 1908 äußert sich die Dividendenlosigkeit der Mausergesellschaft noch nicht, weil nach der Verrechnungsgepflogenheit die Abrechnung mit Mauser erst in dem darauffolgenden Geschäftsjahre erfolgt. Die Aktionäre nahmen nun an, daß das Gesamtergebnis für 1909 durch den Gewinnausfall bei der Mausergesellschaft erheblich beeinträchtigt werden würde. Dieser Sorge aber sind sie enthoben. In der Generalversammlung am Freitag erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Geheimer Kommerzienrat Isidor Loewe, daß die Verwaltung trotz der Dividendenlosigkeit der Waffenfabrik Mauser für 1909 ein Resultat zu erzielen hoffe, das dem vorjährigen nicht nachstehen werde. Er stellte weiter fest, daß die vorliegenden Aufträge wesentlich höher wären, als wie im Vorjahre, und betonerte nochmals, daß eine Befürchtung über ein geringeres Ergebnis im laufenden Jahre unter den Herren Aktionären nicht Platz zu greifen brauche. Nun können die Aktionäre auch wirklich beruhigt sein. Herr Loewe wird sein Versprechen halten. Er wird es um so leichter tun können, da das Reich sich den Loewefabriken gegenüber noch immer sehr nobel gezeigt und bei Preisbewilligungen alle Bülowschen Sparsamkeitstheorien vergessen hat. Die Arbeiterschaft hat zur Beruhigung der Herren Aktionäre im verflossenen Jahre Lohnreduktionen über sich ergehen lassen müssen, daß bei den vorzüglichen Aussichten der Gesellschaft nun auch freiwillig zu Lohnerhöhungen geschritten werden wird, hat die um die Aktionärsruhe so überaus besorgte Verwaltung bisher noch nicht mitgeteilt.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 3. April. Strafkammer. Am verflossenen Weihnachtsabend betrat eine Gesellschaft junger Burschen, bestehend aus dem Dreher Carl Höcker von Sieker, dem Arbeiter Oskar Höcker von Sieker, dem Arbeiter Heinrich Tiemann von Sieker und dem Schleifer Hermann Werning von Stieghorst, das Bartlingsche Lokal an der Detmolderstraße hierselbst. Nicht lange dauerte es, so war auch schon der Streit vom Zaune gebrochen, indem Werning einem dort anwesenden Gaste einen Faustschlag ins Gesicht versetzte, daß derselbe zu Boden taumelte. Als nun der Wirt einschritt und den Störenfrieden das Lokal verbot, fielen die Burschen über alle Leute her, die sich im Lokal befanden, auch über den Wirt und das Dienstmädchen. Leider spielte auch das Messer wiederum seine traurige Rolle, und mehrere Gäste wurden derart zugerichtet, daß sie sich in ärztliche Behandlung geben haben müssen. Die Strafkammer verurteilte den wegen Körperverletzung schon einigemal vorbestraften Carl Höcker wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1 Jahre Gefängnis, worauf ihm 1 Monat von der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wurde. Oskar Höcker erhielt wegen Uebertretung aus § 367,10 6 Wochen Haft, welche durch Anrechnung der Untersuchungshaft verbüßt sind. Heinrich Tiemann wurde wegen einfacher Körperverletzung in zwei Fällen zu 3 Wochen Gefängnis und Hermann Werning wegen einfacher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 50 Mk. ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Dem Tiemann wurde die volle Untersuchungshaft angerechnet.

Der wegen Diebstahls schon zweimal vorbestrafte Arbeiter Pilgrim von Pavenstädt hatte bei der Ehefrau Charlotte Voß in Pavenstädt Wohnung gefunden. Am 4. November v. J. war Pilgrim plötzlich verschwunden und mit ihm 20 Mk. bares Geld, das er im unbewachten Augenblick aus der Kommode gestohlen hatte. Das Geld hat der Angeklagte später wieder zurückerstattet. Dieses konnte ihn aber vor der Strafe nicht retten. Die Strafkammer erkannte gegen den Dieb im wiederholten Rückfalle auf 3 Monate Gefängnis und rechnete ihm 1 Monat von der erlittenen Untersuchungshaft darauf an.

Am 6. Oktober v. J. wurde von der hiesigen Strafkammer der Landesmann Fr. Scholle wegen Jagdvergehens zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Heute handelt es sich um seinen Komplicen, den Zigarrenarbeiter Franz Steube von Muccum. Die beiden, welche als Wilddiebe in der ganzen Gegend bekannt sind, haben innerhalb der letzten Jahre in der Niederjagd zu Muccum derart mit dem Schießprügel aufgeräumt, daß es um den ganzen Rehbestand geschehen ist. Die Strafkammer verurteilte heute den Steube zu 5 Monaten Gefängnis.

Im Wiederaufnahmeverfahren hatte sich heute vor der Strafkammer der Polizeisergeant August Beiderbeck von Bünde zu verantworten. Derselbe war von der hiesigen Strafkammer wegen Mißhandlung im Amte zu einer Geldstrafe von 30 Mark bezw. 6 Tagen Gefängnis verurteilt worden und hatte das Wiederaufnahmeverfahren durchgesetzt, indem er mit der Behauptung auftrat, daß in der Nacht zum 10. Februar v. J. nicht er, sondern sein Kollege Kruse den Zeugen Schröder mit den Füßen getreten habe. Die Aussage des Kruse war ganz unbestimmt. Dagegen bekundete der Zeuge Schröder mit aller Bestimmtheit, daß ihn der Angeklagte mit den Füßen getreten habe. Diese bestimmte Aussage war für den Richter ausschlaggebend. Es wurde auf Aufrechterhaltung des ersten Urteils erkannt.

Der Schneider Carl Knefelkamp von Obernbeck bei Löhne, welcher zurzeit in Celle 3 Jahre und 4 Monate Zuchthaus zu verbüßen hat, hatte sich heute wegen Betruges vor der Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte war auch als Heiratsvermittler tätig gewesen. Zur Sicherheit ließ er sich beim Eingang der Vermittlung Wechsel geben, die aber von ihm nicht eher in Zahlung gegeben werden durften, bis das Geschäft zustande gekommen war. In einem Falle hatte er sich einen Wechsel über 200 Mk. ausstellen lassen. Da aber dieser einen großen Fettfleck trug, hatte ihm sein Auftraggeber einen neuen Wechsel über 200 Mk. gegeben, den er auch in Zahlung geben durfte. Eines Tages stellte sich jedoch heraus, daß er auch den Fettfleckwechsel in Zahlung gegeben hatte. So sind dann noch zwei andere Leute von K. um Beträge von je 100 Mk. geprellt worden. Die Strafkammer verurteilte den K. heute wegen Betruges in 3 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis.

Der Zigarrenhändler Wilhelm Krämer von Oeynhausen, schon mehrmals vorbestraft, war vom Schöffengericht zu Oeynhausen wegen Hausfriedensbruchs mit 1 Woche Gefängnis bestraft, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Wie die Beweisaufnahme ergab, hat er sich am 18. und 19. November v. J. trotz wiederholter Aufforderung nicht aus der Wohnung der Ehefrau Gilbech zu Mellbergen entfernt. Bei dieser Sachlage wurde die Berufung des Angeklagten verworfen.

* * *

Zum Tode verurteilt. Wien, 4. April. Gestern wurde in Triest in später Abendstunde das Urteil gegen den angeblichen Hauptmann von Foedransperg, der wegen Ermordung und Beraubung der Varietésängerin Lucie Fabro angeklagt war, gefällt. Die Geschworenen bejahten nach längerer Beratung beide Schuldfragen. Der Gerichtshof verurteilte daraufhin den Angeklagten wegen gemeinen Mordes und wegen Diebstahls zum Tode durch den Strang und zum Rückersatz des gestohlenen Geldes und der Juwelen an den Sohn der Ermordeten. Der Vorsitzende legte ihm die Frage vor, ob er sich bei dem Urteil beruhigen wolle, worauf der Verteidiger im Namen des Angeklagten antwortete, daß er die Strafe annehmen werde. Daraufhin wurde der Verurteilte fast ohnmächtig aus dem Saal getragen. Die Geschworenen haben beschlossen, den Gerichtshof zu bitten, den Verurteilten der Gnade des Königs zu empfehlen.

Reaktionäres aus der freien Schweiz. Bern, 4. April. Der Führer des Züricher Freidenker-Vereins, Schriftsteller August Richter, wurde gestern vom Obergericht des Kantons Luzern wegen seiner Broschüren „Die Verbrechen Gottes" und „Die geschlechtliche Gesundheitslehre der Frau" zu 2 Monaten Gefängnis und acht Jahren Kantonsverweisung verurteilt.

Militärisches.

Militärjustiz. Vom Kriegsgericht in Landau (Pfalz) wurde der Soldat Guthier zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt, weil er in der Trunkenheit den Befehlen eines Sergeanten, sich zu Bett zu legen, nicht befolgt hat.

Vermischtes.

Oberkellner und Leutnant. Ein eigenartiger Auftritt spielte sich, wie erst jetzt bekannt wird, vor einigen Tagen in einem großen Hotel der Berliner Friedrichstadt ab. Dort fand ein sogenanntes Heroldessen von Offizieren der Kriegsakademie statt. Bei der Regulierung der Zeche kam es zu Differenzen zwischen dem Oberkellner und einem zur Kriegsakademie abkommandierten 25jährigen Jägerleutnant. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen versetzte der Offizier dem Oberkellner eine Ohrfeige, die aber prompt in doppelter Auflage zurückgegeben wurde. Die noch anwesenden Offiziere traten vermittelnd dazwischen und bestimmten, daß die Sache am nächsten Tage voll erledigt würde. Zu diesem Zeitpunkte erschien der beteiligte Offizier wieder im Hotel, allerdings in Zivil, so daß er von dem Oberkellner nicht erkannt wurde. Ohne Wortwechsel gab er dem Oberkellner mit seinem Spazierstock einige Hiebe über den Kopf und entfernte sich dann sehr schnell. Zufällig hatte aber auch ein Vorgesetzter des Leutnants in dem Hotel Wohnung genommen, der sofort eingriff und eine Untersuchung gegen den jungen Offizier einleitete. Der Oberkellner büßte durch den Auftritt seine Stellung ein.

Epidemisches Erpressertum in Amerika. Nach Meldungen aus Newyork ist eine wahre Epidemie von Erpressungsdelikten in Amerika ausgebrochen. Das letzte Opfer ist Herr Nathan Read, Präsident der National Bank of Washington im Staate Indiana. Er erhielt einen Brief des Inhalts, falls er nicht sofort dreißigtausend Dollars an einer gewissen Stelle in einem Park hinlege, würde er ermordet und sein Haus durch Dynamit vernichtet werden. Die Polizei riet dem Millionär, der Forderung scheinbar nachzukommen, was auch geschah. Die Polizei versteckte sich dann, um die Erpresser zu beobachten. Gestern fuhren ein Mann und eine Frau in einem Wagen bis in die Nähe der betreffenden Stelle. Die Frau stieg aus und in diesem Augenblick feuerte die Polizei auf sie. Die Frau sank schwerverwundet zu Boden, der Mann entkam. Die Frau erklärte, sie kenne den Mann gar nicht; er habe ihr fünf Dollars versprochen, wenn sie mit ihm eine Spazierfahrt unternehmen wolle.

Standesamts-Nachrichten.

Stadt Bielefeld. In der Zeit vom 29. März bis 3. April 1909 sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Söhne: Hauderer Heinrich Tubbesing, Zimmerstraße 20; Schneidermeister Lösing, Oberntorwall 6; Tischlermeister Hermann Tödheide, Rohrteichstr. 26; Straßenreiniger Friedrich Nöding, Hakenort 14; Eisendreher Heinrich Wienand, Kaiserstr. 48; Metallschleifer Karl Arensmeyer, Bleichstr. 22; Arbeiter Heinr. Berning, Bleichstr. 46; Kistenfabrikant Heinrich Steinsiek (gent. Höner zu Eißen), Hallerweg 103a; Metallschleifer Heinr. Hüttemann, Bleichstr. 159; Kaufmann Friedrich Sewing, Kaiserstr. 26; Schlosser August Borgstädt, Herforderstraße 264; Kaufmann Arno Böttcher, Wittekindstr. 4; Zimmermann Wilhelm Reinecke, Arndtstr. 40; Arbeiter Otto Marts, Oelmühlenstr. 89.

Töchter: Geschäftskutscher Hermann Diestelkamp, Spenglerstraße 9; Maurer Wilh. Postcher, Bleichstr. 60; Metallschleifer Heinrich Hüttemann (Zwillinge, s. Söhne), Bleichstr. 159; Hausdiener August Wiedeking, Dorotheenstr. 26; Kaufmann Friedrich Meise, Ellerstr. 17; Geschäftskutscher Heinrich Preckewinkel, Herforderstr. 39; Arbeiter Wilhelm Kase, Ehlentrupperweg 121; Sattler und Polsterer Wilhelm Froböse, Oelmühlenstraße 1b; Bildhauer Paul Winter, Oerlinghauserstr. 15; Wollwarenhändler Friedrich Cordes, Mühlenstr. 17; Schachtmeister Mathias Goral, Heinrichstr. 25; Geschäftskutscher Heinrich Knehans, Herforderstr. 109; Tischler Friedrich Grüttemeier, Engerschestraße 67; Eisendreher Otto Schäfer, Bleichstr. 48a; Arbeiter August Bergbusch, Heeperstr. 126; Schneider Christian Behlewald, Finkenstr. 60; Arbeiter August Linnenbrügger, Schildescherstraße 80; Arbeiter Wilhelm Hagedorn, Hallerweg 7; Eisendreher Heinrich Krämer, Hallerweg 90; Schirmfabrikant Heinrich Fellmer, Obernstr. 7; Bandagist Arnold Festerling, Viktoriastr. 6; Arbeiter Heinrich Wiegmann, Mellerstraße 63; Gärtner Gottfried Quante, Mellerstr. 71.

Sterbefälle. Hanne Landwehr, 1 J.; Walter Breber, 10 J.; verw. Arbeiter Jürging, Friederike geb. Bültmann, 84 Jahre; Marie Schmiemann, 8 Mon.; Maschinenbaulehrling Georg Schulze, 18 J.; Ehefrau Kaufmann Reineke, Dorothee geb. Bökmann, 77 J.; verw. Arbeiter Siekmann, Johanne geb. Möller, 51 J.; Gärtner Gustav Landwehr, 71 J.; Anna Rasche, 15 Tage; Stationsassistent a. D. Richard Heck, 66 J.; Hermann Bech, 5 Mon.; Ingenieur Johannes Siebeking, 76 J.; verw. Heuerling Greweling, Auguste geb. Zimmermann, 75 J.; Baugewerkschüler Heinrich Reineke, 20 J.; Erna Kroos, 3 Mon.; verw. Landwirt Bremeyer, Lina geb. Beise, 70 J.; Schlosser Adam Engelbrecht, 52 J.; Invalidenrentenempfänger Anton Marx, 59 J.; Richard Genske, 8 Mon.; Stiftspflegling Sophie Müller, 74 J.; Ehefrau Schneider Böhmer, Hanne geb. Schürmann, 67 J.; Kommis Franz Keidorling, 20 Jahre.

Aufgebote. Monteur Wilh. Fitzenewert, Zastrowstr. 1, u. Emilie Kerkhoff, Friedrichstr. 53; Ziegler Ernst Schneider, Lieme, und Emma Jackties, Schildescherstr. 17; Chemigraph Michael Stang, Buddestr. 7, und Henriette Eipssen, Harlem; Straßenbahnschaffner Friedrich Wienke, Heinrichstr. 36, und Wilhelmine Karweina, Kurzestr. 27; Schlosser Ewald Mergelkuhl, Welle 27, und Henriette Bulthaup, Kronenstr. 4; Buchhalter Heinrich Heidemann, Gehrenberg 20, und Klara Berghaus, Brandenburgerstr. 31; Eisendreher Paul Oberschelp, Dornbergerstr. 88, und Frida Berkemann, Oststr. 1a; Modelltischler Otto Neupert, Siegfriedstr. 30, und Emma Horstkotte, Arndtstr. 48; Fahrradhändler Gustav Voß, Kaiserstr. 149, und Sophie Greite, daselbst; Maschinenmeister Ewald Heindenreich, Arndtstr. 37, und Laura Steinkamp, Arndtstr. 35; Eisendreher Karl Vottkoff, Svarenberg 64, und Adele Finkelden, daselbst 80; Fabrikaufseher Rudolf Bültmann, Große Howe 3, und Marie Siekmann, das. 5; Eisendreher Karl Battefeld, Gütersloherstr. 59, und Anna Diekemper, das. 61; Bäcker und Konditor Franz Bamhof, Siegfriedstr. 87, und Johanne Ebracht, Bleichstr. 108; Kartonnagenmeister Wilhelm Rüter, Bleichstr. 122, und Emma Niestrate, Sieker; Pastor Ernst Wolter, Dietmissen, und Lydia Schroeder, Göbenstr. 60.

Eheschließungen. Arbeiter Otto Volkmann und Berta Kremer; Kaufmann Heinrich Busse und Luise Pennekamp; Werkzeugdreher Ernst Kuhlmann und Auguste Höwelmann geb. Puls; Gastwirt und Konditor Karl Brockhausen und Wilhelmine Konkewitz; Kaufmann Julius Schröder und Marie Horstbrink; Landwirt Ernst Wörheide und Friederike Busse geb. Löfing; Handelsmann Emil Kiesicher und Frida Venski; Oberlehrer Dr. Nölcke und Maria Meyer; Bauschlosser Arno Clajus und Luise Schmidt; Arbeiter Friedrich Gerke und Auguste Horweke; Fensterputzer August Kein und Ella Knoop; Schlosser Hugo Engert und Johanne Piehl; Arbeiter Paul Linne und Paula Schneider; Arbeiter Heinrich Fedder und Martha Dörr; Arbeiter August Wilker und Anna Weber; Schneider Albert Oelkers und Erna Rosenhäger; Wäschezuschneider Heinrich Tuch und Emma Diekmann; Schlosser Hermann Elges und Wilhelmine Schütter; Musiker Max Schmidt und Charlotte Tarke; Kaufmann Otto Heß und Elsa Barbaum; Schlosser Oskar Heidemann und Luise Heim; Sattler Julius Küser und Marie Rürup; Musiklehrer Heinrich Schlee und Mathilde Schneider; Schneider Paul Garnjost und Marie Wißmann.

U. Wie stellt sich die Arbeiterschaft seit dem Bierboykott zur Abstinenzbewegung? Wie viele sind abstinent geworden?

Die Fragen wurden, wie dies bei solchen schriftlichen Enqueten Regel ist, nicht von allen Befragten vollständig beantwortet; trotzdem geben sehr viele Angaben und oft drastische Aussagen dieser mitten unter ihren Arbeitskollegen lebenden Genossen ein ganz gutes Bild von den Wirkungen. „Ich beschränke mich hier," schreibt Schacherl, „auf die Aussagen über die Wirkungen des Bierboykotts in physischer, geistiger und finanzieller Beziehung."

Ein Vertrauensmann (Glasarbeiter) schreibt: „Viele meiner Kollegen erklären, daß sie nicht geglaubt hätten, daß sie einmal in ihrem Leben ohne Bier arbeiten könnten. Die Leute gehen mehr in ihrer freien Zeit in die Wälder; die ein Rad haben, fahren hinaus. Frauen sagten mir: „Wenn nur der Bierstreik recht lange anhalten möchte; wenigstens können wir den Kindern für den Winter Kleider und Schuhe kaufen, was sonst aufs Bier aufgegangen wäre."

Ein Vertrauensmann (Metallarbeiter) schreibt: „Seit dem Bierboykott hört man von vielen Arbeitern der Fabrik, daß jetzt die Arbeit leichter vor sich geht. Es steht fest, daß die Arbeiter jetzt gesünder und weniger müde sind als in der Bierzeit. Die Wirkung ist eine moralische, weil Raufereien und andere Ausschreitungen seltener geworden sind."

Ein Vertrauensmann in einem Orte, wo eine Zündwarenfabrik ist, schreibt: „Die Leute erholen sich auswärts besser, sowie auch die Arbeiter bestätigen, daß sie sich leichter fühlen. Für Kleidungsstücke und auch für die Frauen und die Kinder wird mehr getan, was auch die Wirte am besten sagen können, da sie jetzt kaum die Hälfte von dem Gelde erhalten wie vor dem Boykott. Auch ist jetzt zu erkennen, daß an den Streiten in den Wirtshäusern an Sonn- und Feiertagen, sowie auch an Zahltagen das Bier schuld war."

Ein Vertrauensmann in einem Orte mit einer Tabakfabrik schreibt: „Die Arbeiter, welche auf das Bier verzichten, fühlen sich im allgemeinen gesünder. Der Gasthausbesuch hat stark abgenommen, die Wirte klagen allgemein. Die Arbeiter verbringen ihre freie Zeit hauptsächlich in der Familie und Sonntags mit Ausflügen in die Umgebung. Die Lebenshaltung hat sich gehoben. Vermehrte Ausgaben für Bücher können vorläufig nur bei einzelnen konstatiert werden. Es ist klar, daß die Abnahme des Gasthausbesuches die Finanzgebarung der Familie nur günstig beeinflussen kann, und es sind auch hierauf bezügliche Aeußerungen von Männern und Frauen gemacht worden."

Der Vertrauensmann einer größeren Stadt schreibt: „Ein großer Teil der Arbeiter fühlt sich gesünder, und sie erfreuen sich eines bedeutend besseren Appetits. Der Gasthausbesuch nahm ganz gewaltig ab, und es ließ sich ein Aufenthalt im Freien, kleine Bergpartien, Spaziergänge an Abenden und Sonntagen in erhöhtem Maße feststellen. Eine vermehrte Ausgabe für Lebensmittel ist zu verzeichnen; ein Beweis dafür ist der Warenumsatz im Konsumverein, der um 3000 Kronen höher war als in der gleichen Zeit und bei gleicher Mitgliederzahl wie im Vorjahr, während der Umsatz im Gastgeschäft des Konsumvereins um 500 bis 800 Kronen monatlich geringer war. Betreffs Raufereien läßt sich seit dem Bierboykott eine Besserung konstatieren."

Der Vertrauensmann eines Ortes in einem entlegenen Tale mit einem Sensenwerk schreibt: „Raufexzesse sind jetzt eine Seltenheit."

(Schluß folgt.)

Vom 25. März bis 3. April

sind u. a. eingegangen:

1	Waggon	7088	Pfund	bayrisches Porzellan
1	„	11400	„	Steingut
1	„	10000	„	Glas und Porzellan
1	„	10800	„	Glas
1	Ladung	2000	„	blaues Porzellan
zusammen		41288	Pfund.	

1993 **Näheres morgen.**

Sonnenmann

Niedernstrasse 34.

Bielefelder Consum-Verein.

E. G. m. b. H.

Zum bevorstehenden Osterfeste empfehlen wir unseren werten Mitgliedern unsere anerkannt **vorzüglichen Kuchen.**

Bestellungen werden in den Verkaufsstellen bis Mittwoch, den 7. April, entgegengenommen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß wir das Ausbacken von seitens unserer Mitglieder hergerichteten Teigen nicht übernehmen können.

2001 **Der Vorstand.**

„Kosmos"-Schriften.

Dr. W. Ament:
- Die Seele des Kindes.

Wilh. Bölsche:
- Die Abstammung des Menschen.
- Im Steinkohlenwald.
- Der Sieg des Lebens.
- Der Stammbaum der Tiere.

Dr. Dekker:
- Naturgeschichte des Kindes.

Dr. Kurt Floericke:
- Die Vögel des deutschen Waldes.
- Die Säugetiere des deutschen Waldes.

R. Francé:
- Das Liebesleben der Pflanzen.
- Das Sinnesleben der Pflanzen.
- Streifzüge im Wassertropfen.

Dr. M. Wilh. Meyer:
- Die Rätsel der Erdpole.
- Weltschöpfung.
- Sonne und Sterne.
- Kometen und Meteore.
- Erdbeben und Vulkane.
- Aegyptische Finsternis. 2 Bände.
- Weltuntergang.

Professor K. Sajó:
- Krieg und Frieden im Ameisenstaat.

Dr. E. Teichmann:
- Vom Leben und vom Tode.
- Die Vererbung als erhaltende Macht.
- Fortpflanzung und Zeugung.

Dr. Th. Zell:
- Streifzüge durch die Tierwelt.
- Straußenpolitik. Neue Tierfabeln.
- Tierfabeln und andere Irrtümer in der Tierkunde

Preis pro Band Mk. 1,— (Porto nach auswärts 10 Pfg.)

Vorstehende sehr empfehlenswerte Schriften sind zu beziehen durch die

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld.



Kinder-wagen

Sport-wagen



in grösster Auswahl. — Konkurrenzlos billige Preise. Alleinverkauf der Reform-Wagen, einzig existierende Kinderwagen, die nicht allein der Mode, sondern auch den hygienischen Anforderungen vollauf entsprechen.

Fr. Barmeier, Detmolderstr. 125,

1920] Erstes Spezial-Geschäft am Platze.

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Bewohnern von Herford und Umgegend teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich mit dem heutigen Tage im Hause der Frau Wwe. Wehmeier, **Lübberstrasse 4,** ein

Installationsgeschäft nebst Klempnerei

eröffnet habe. Durch langjährige Erfahrungen bin ich in der Lage, alle in dieses Fach einschlagenden Arbeiten voll und ganz auszuführen.

Empfehle mein **ständiges Lager** in sämtlichen

Gas-Beleuchtungsartikeln und Gasherden.

Mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen bittet

Achtungsvoll 1926

Friedr. Knopf, Installateur.

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kleiderschränke

von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. [1986

Nähgarne,

Seide, Maschinennadeln, Oel, feinstes helles, Liter 1,20 Mk. Zentral-Bazar Pradel, Jahnplatz 2. [1984

Feuerversicherung.

Verlegte meine Wohnung von Dorotheenstraße 24 nach Osnabrückerstr. 33, desgleichen empfehle mich zur Aufnahme von Versicherungsanträgen. M. Robrahn, Agentur der Berlinischen Feuerversicherungs-Anstalt. [1949*

Karfreitag 1950*

erhalte alle Sorten Seefische, billigster Preis. Bestellungen bitte möglichst schon jetzt aufzugeben. Kröger, Siegfriedstraße 53, Gutenbergstr.-Ecke.

Möbel,

einzelne, sowie ganze Ausstattungen, liefert billigst eine Tischlerei. Auch gegen Kredit. Es können daselbst mehrere Einrichtungen besichtigt werden. Offerten unter D R an die Expedition d. Zeit. erbeten. 1961*

Kinderwagen,

Brennabor, Sportwagen, Laufstühle, sämtliche Korb- und Leder-Waren, billigste Preise bis Ostern 10 Proz. Rabatt. Zu haben bei Wilh. Nolting, Schildesche, Bielefelderstr. 44. 1915*

Sauerkohl, [1999*

feinster Magdeburger, Pfund 10 Pfg., empfiehlt Oppermann, Bürgerweg 44.

Wäsche

wird sauber gewaschen und geplättet. Frau A. Döweler, Göbenstraße 41, Eingang Luisenstraße. 1909*

Möbel,

Sofas, Vertikows, Spiegel jeder Art, Riesen-Auswahl, erhält man gut im Bielefelder Möbelhaus, Jöllenbeckerstraße 16—26. [1910

Kommißbrot

ständig vorrätig. Kaufhaus Wirths, Kreuzstraße 28. 1990

Tapeten,

neueste Muster, empfehle billigst. Musterkarten stehen bereitwilligst zur Verfügung. Ein großer Posten Reste, Rolle von 10 Pfg. an. Wachstuche, Läufer, Matten, Vorlagen. Sämtliche Farben, trocken und streichfertig. Pinsel, Weißquaste, sowie sämtliche Bürsten-, Holz- und Korbwaren empfiehlt billigst C. Strathmann, Brackwede. [1988*

Holzkoffer,

Lederkoffer, Rucksäcke, Reisekörbe, Wasch- und Armkörbe empfiehlt billigst C. Strathmann, Brackwede. [1984*

Herford!

Nähmaschine (Ringschiffchen) nur wenig gebraucht, billig zu verkaufen. Oberbehmerstr. 362. [1983

1985

Der beliebte Osterkuchen

wird nie so schön mürbe und wohlschmeckend, wenn er nicht mit der tausendfach bewährten Van den Bergh'schen **Clever Stolz** oder **Vitello**-Margarine hergestellt wird. Clever Stolz und Vitello halten jeden Vergleich mit bester Naturbutter aus und sind dabei viel billiger wie diese. :: :: ::

Zu haben in den besseren Kolonialwarenhandlungen.

Ortskrankenkasse Brackwede.

Ab 1. April 1909 sind die Bureaustunden unserer Kasse wie nachstehend festgesetzt:

Brackwede:

Vormittags von 8—12 Uhr, nachmittags von 2—5 Uhr, im Kassenlokal, Kaiserstraße 70.

Isselhorst: 1987

Jeden Freitag nachmittag von 2½—4½ Uhr, bei Ww. Ortmeyer, Isselhorst Nr. 12.

Am Freitag nachmittag jeder Woche ist das Lokal in **Brackwede geschlossen.** **Der Vorstand.**

Stadttheater.

Dienstag, 6. und Mittwoch, 7. April:

2 Extra-Vorstellungen.

Zweimaliges ausserordentl. Gastspiel des Ibsen-Theaters aus Berlin.

(Internationale Tournee Maria Rehoff mit eigenem Ensemble)

Dienstag: **Gespenster.**

Mittwoch:

Wenn wir Toten erwachen.

Beginn der Operusaison:

Ostersonntag, den 11. April 1909.

Eröffnungs-Vorstellung:

Tiefland.

1532

Brackwede.

Hüte und Mützen

nur letzte Neuheiten, kaufen Sie gut und billig bei

M. Thomas,

Osningstrasse 6.

Konfirmandenhüte

Billig. Billig.

Achtung!

Mein Geschäft befindet sich Bürgerweg Nr. 44, neben der Wäschefabrik Bertelsmann. Oppermann. [1997*

Trinkeier, [1998*

Pfund 60 Pfg., 2 Pfund 115 Pfg., empfiehlt Oppermann, Bürgerweg 44.

Vollheringe, [2000*

feinste deutsche, Dutzend 55 Pfg., empfiehlt Oppermann, Bürgerweg 44. neben der Wäschefabrik Bertelsmann.

Guano,

(Füllhornmarke) pfund- u. sackweise, äußerst billig, empfiehlt Kronsbein, Bleichstraße. [1876*

Wäsche

zum Waschen und Plätten nimmt wieder an Frau Blome, Heeperstraße 303. [1991*

Mädchen,

schulfreies, 13—14 Jahre, für ein Kind gesucht. C. Friedrich, Lützowstraße Nr. 2. [1996*

Wohnungen, 2002*

3, von je 4 Räumen, mit Stallung und Land per sofort oder später mietfrei. Schildesche, Düppelstr. 24.

Zimmer

mit Morgenkaffee sofort oder später zu vermieten. W. Böttcher, Gr. Kurfürstenstraße 57, I. [1804*

Trinkt

Aha's Excelsior!

1113

Die Anzeigen in vorliegender Nummer wollen die Leserinnen und Leser der „**Volkswacht**" beachten! * * * * * * *

Marke Brennabor

Mertens

1995

Kinderwagen-Lager

ist unübertroffen an

Auswahl und Preiswürdigkeit.

Ueberzeugen Sie sich durch Lagerbesichtigung.

Marke Naehter.

Abonnementspreis

für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.

Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Nr. 81.

Die heutige Numm

Die Arbeiter der Bi im Berichte der

Soeben sind die Berichte Beamten für 1908 erschienen. wertes Material über die F Arbeitsverhältnisse im allge im besonderen, die in den v behandelt worden sind. Da **Vermittlungen der Gewerbe Aussperrungen, Verdrängung arbeit, Dauer und Umfang** lichen Betrieben, **Unfälle an** erlaub. Wir behalten uns v sprechen und dabei besonders zu berücksichtigen. Für heute weisung einer Anschuldigung über den Bezirk Minden d ihre Gewerkschaftsleitungen e (Seite 317) wörtlich:

Dieser Rückgang (der dort herrschenden sehr ung Bielefelder Maschinenindu und Fahrradfabriken, sowie triebe. Wenn auch in ei dem Wunsche der Arbeiter Entlassung von Arbeitern beitszeit und die Einlegun **nahm doch die Mehrzahl de Arbeiter keine Rücksicht, do des guten Geschäftsganges der letzten Jahre gelungen Arbeitszeit auf 9½ Stun der Gewerkschaftsleitung grundsätzlich abgelehnt hatt** beiter waren seinerzeit viel genötigt gewesen, zur Bew träge ihre Arbeiterzahl er sprechend ihre Fabrikgebä erweitern. **Die Fabrikante entließen die entbehrlichen gleichzeitig die Wirkung ha** sationen **durch die von ihne** losenunterstützung **zu sch** gebern **nicht unerwünschte** tanten sorgten in ausgesp Organisation nicht angeb der Hochkonjunktur Ueber satz zu den übrigen Arbei voll beschäftigt wurden und

Richtig ist, daß die A Wünsche der Arbeiter, Entl meiden, keine Rücksicht geno **die Behauptungen, daß die A schäftsganges auf Anordnu Leistung von Ueberstunden g** nehmen an, daß diese Anga sichtsbeamten von einem den leitung übelwollenden Fabri merhin **ist es im höchsten Gr mit diesen unwahren Angab** denziös zurecht gestutzte Ber trauen der Arbeiter für di liegt klar auf der Hand. Vor ist, den Arbeiterschutz zu för der Arbeiter gerichteten Best wohl erwarten, daß sie nicht öffentliche Meinung irreführ bezichtigt, die das wenig hu Verhalten der Fabrikanten über rechtfertigen soll. Am fordert, mit Arbeitgebern treten, sollten es ablehnen, teilungen einer Seite als zu verwerten. „Eines Man man muß sie hören alle bed

Differenzen um die Leistu in solchen Betrieben ergebe den von den Arbeitern ge damals schon eingeführten A In einigen wenigen Fällen Unstimmigkeiten entstanden, **die Gewerkschaftsleitung ben Ueberstunden zu bewegen.** war, eine Verkürzung der tä durchzusetzen, wurde auch di in allen Fabriken der Biele im Sinne der Arbeiterwünsc Verweigerung der Ueberstu nicht der mindeste Anlaß m zu behaupten, daß ausgerech solchen Situation die Ver ordnet haben soll. Was sich gedacht haben mag, als er leitung sprach?! Die in de beiter sind keine Drahtpupp beliebig dirigiert werden kö und Blut und Rückgrat, die nahmen im Arbeitsverhältn Beschlüsse der Organisation schaftsleitungen!

Zu der Frage der Arbe auch die Jahresberichte des und des Holzarbeiterverba Klarstellung der Angelege mögen. Da heißt es z. B. bandes u. a.:

Da die Arbeiter in de bei dringlichen Aufträgen Ausdehnung gern geleiste